

Redaktion und Verwaltung:  
 Prag, II., Havliczkova nám. 32.  
 Telephon:  
 Tagesredaktion: 6795.  
 Nachredaktion: 6797.  
 Postfachamt: 57544.  
 Inzerate werden laut Tarif  
 billigst berechnet. Bei öfteren  
 Einschaltungen Veranschlag.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
 in der tschechoslowakischen Republik.

**Bezugsbedingungen:**  
 Bei Zustellung ins Haus oder  
 bei Bezug durch die Post:  
 monatlich . . . . . Kt 16.—  
 vierteljährlich . . . . . 48.—  
 halbjährig . . . . . 96.—  
 ganzjährig . . . . . 192.—  
 Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.  
 Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich 12 Bl.

4. Jahrgang.

Donnerstag, 11. Dezember 1924.

Nr. 289.

## Trostsprüche der Besiegten

Mit dem Besiegten soll man Mitleid empfinden, aber die Hakenkreuzler wie die Kommunisten, die eigentlichen Besiegten im deutschen Wahlkampf, machen einem die Erfüllung dieser schönen Menschenpflicht unmöglich; ihr Verhalten nach der Wahl, bei dem sie ihr wahres Wesen keinen Augenblick verleugnen, wirkt nur auf die Lachmuskeln. Da die Geldenpose nicht mehr zieht, versuchen sie es mit der Komikerrolle. Liest man die Episteln der geschlagenen Brüder über den Wahlausfall, so kann man wirklich nichts anderes tun, als herzlich zu lachen. Daß gerade sie, die am lautesten schrien, die Sozialdemokratie müsse vernichtet werden, die jämmerlichsten Prügel abbekommen, müßte sie ein wenig nachdenklich machen und die Nichts-als-Demagogen müßten sich sagen, daß die empfangenen Haue wohlverdiente waren, da die ernüchterten Wählermassen auf den an ihnen verübten Schwindel schließlich doch keine andere Antwort erteilen konnten, als den Fußtritt. Es war ja vorauszusetzen, daß die besiegten Nationalsozialisten und Kommunisten ihre Wahlniederlage zu beschönigen suchen würden, aber nach der Art, wie sie dies tun, kann kein Auge von Tränen der Heiterkeit trocken bleiben. Nehmet den „Tag“ und den „Vorwärts“ zur Hand: der erstere meldet das Resultat unter dem, ach, so bescheidenen Titel: „Die Wahlen in Deutschland“. Wie verschwenderisch wäre er in der Aufmachung gewesen, wenn die Sozialdemokratie auch nur ein paar hundert Stimmen verloren, die Ludendorffianer ebensoviel gewonnen hätten! Dann heißt es: „Keine wesentlichen Veränderungen.“ — Leicht die Stärkung der Nationalsozialisten und Sozialdemokraten.“ Die Nationalsozialisten und Sozialdemokraten sind von 36 auf 14 Mandate heruntergefallen, die mit Pauken und Trompeten Durchgefallenen aber lispeln freundlich: „Keine wesentlichen Veränderungen!“ Die Sozialdemokraten gewonnen fast zwei Millionen Stimmen und 31 Mandate, das ist eine — „leichte Stärkung!“ Noch drolliger ist der „Vorwärts“. In seiner Spitze glänzen in Großdruck zwei Titel: „Kommunisten glänzend behauptet“ und „Unbesiegbar“. Rämlich die Kommunisten! Wer das trotz der verlorenen Million Stimmen nicht glaubt, zahlt einen Sechser, oder er verliert die Anwartschaft auf den kommunistischen Himmel. Der Rest ist Lachen, herzerzitterndes Lachen.

Die Ehrlicheren sind eigentlich doch noch die Nationalsozialisten. Wenn sie in ihrem „Tag“ in den Titeln auch flunkern und zu beschönigen suchen, so gibt das Blatt doch in seinen Wahlbetrachtungen zu, daß sowohl Nationalsozialisten wie Kommunisten „ernste Verluste“ erlitten haben. Es sagt sogar richtig: „Ohne Zweifel ist das ein Zeichen dafür, daß im Reich nach dem Weltkrieg, der Revolution und dem Kampf im Ruhrgebiet ein allgemeines Bedürfnis nach Ruhe vorherrschend ist. . . .“ Und weiter: „Was nun die Schluppe unserer reichsdeutschen Parteigenossen betrifft, so wäre es ganz falsch, diese etwa beschönigen oder verwickeln zu wollen. Wir müssen diese Tatsache vielmehr offen eingestehen und frank und frei besprechen, um daraus lernen zu können.“ Wenn er noch gesagt hätte, bei der ruhiger gewordenen Bevölkerung versingen nicht mehr die Phantastereien der Extremisten, so wäre die Ehrlichkeit eine noch vollkommene. Aber dazu langt es nicht, denn die Erklärung, die der „Tag“ für die Wahlniederlage zur Hand hat, lassen nicht auf Selbsteinkehr schließen. Die Hauptschuld schiebt er auf das Fehlen Adolf Hitlers, der noch in Haft ist; „Kommt erst Hitler wieder aus dem Gefängnis heraus, so wird er die nationalsozialistische Bewegung, die jetzt ohne politischen Führer ist, wieder sammeln und dann wird sie auch ihre alte Schlagkraft wieder erlangen.“ Der „Tag“ ohnt gar nicht, was für ein „Kommunisten“ er seiner Partei ausstellt. Nicht die

## Turbulente Szenen im Senat.

Sitzungsunterbrechung und Wortentziehung. — Die oppositionellen Parteien verlassen den Saal.

Prag, 10. Dezember. Heute war der Senat Schauplatz von Szenen, wie sie sich in diesem Hause schon lange nicht ereignet haben. Ein Kravall folgte dem anderen und im Anfange der Sitzung gab es keine Rede, bei der es nicht immer wieder zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen Koalitionsslowaken und Oppositionsslowaken, sowie zwischen Tschechen und Deutschen gekommen wäre. Die Atmosphäre war sozusagen mit Konfliktstoffen gesättigt und es hätte nicht viel gefehlt, so wäre es zu Tätlichkeiten gekommen. Die Ursache dessen, daß es im sonst so stillen Senat zu schweren Zusammenstößen kam, lag in der gesteigerten Nervosität der Koalitionssenatoren, die die Abseherklärungen der oppositionellen Parteien mit offensichtlichem Mißbehagen anhörten.

### Stürmischer Zusammenstoß zwischen Tschechen und Slowaken.

Nach dem Berichterstatter Dr. Horáček, der sich wiederum darin gefiel, der Opposition den Vorwurf der Staatsfeindlichkeit zu machen, gelangte als erster Debatteredner der slowakische Volksparteier Dr. Kowalik zu Wort. Er verliest eine Erklärung, in der der Entschluß der slowakischen Volkspartei, sich an den Verhandlungen des Staatsvoranschlaues nicht zu beteiligen, bekanntgegeben wird. Die Regierung berichtigt nicht die slowakischen Interessen. In der Prager Postdirektion sitzen 197 Tschechen und 24 Slowaken.

**Kowalik:** Haben wir Magyaren gegeben sollen.  
**Kowalik:** Slowaken habt ihr hingeben sollen.  
**Kowalik:** (Auf Klimko zeigend) Dieser Herr bewarf die Slowaken mit Steinen und behrte die Hunde auf sie. Sie sind ein Renegat! (Lärm. Der Vorsitzende mahnt zur Ruhe).  
**Kowalik:** Die Regierung will die Slowaken als Nation nicht anerkennen.  
**Kowalik:** Bei Euch spricht man magyarisches!  
**Kowalik:** Kowalik hat nicht das Recht, im Namen der Slowaken zu sprechen. Bis zum Umsturz war er Magyarene! (Großer Lärm bei den Slowaken).  
**Kowalik:** Durch dieses Regime treiben Sie die Republik in die Katastrophe.

### Sitzungsunterbrechung

In diesem Moment soll von der Galerie „Bravo!“ gerufen worden sein. Senator Kowalik zeigt auf die Galerie, auf der Klimka mit sechs anderen slowakischlerikalen Abgeordneten saß. Kowalik ruft: „Da freut sich der Klimka!“ Mehrere Senatoren drohen mit den Fäusten auf die Galerie. Kowalik setzt seine

Rede in dem sich immer steigenden Lärm fort und sagt, daß der Hussitismus die Slowakei ausgeraubt und ausgeplündert habe. Diese Worte entfeßeln bei den Koalitionssenatoren eine unruhigere Sturm des Widerspruchs. Sie schlagen mit den Fäusten auf die Bänke, rufen „Schande! Abzug! Widerrufen!“ Präsident Donat bemüht sich vergeblich, die Ruhe herzustellen. Der Lärm dauert ungeschwächt fort, wird immer größer, vor der Ministerbank machen die Koalitionssenatoren Miene, auf die Slowaken loszugehen. Man sieht bereits die geballten Fäuste herumfliegen und im letzten Moment gelingt es einigen dazwischentretenden deutschen sozialdemokratischen Senatoren, ein Handgemenge zu verhindern und die streitenden Parteien zu trennen.

Witten im Lärm verläßt Präsident Donat seinen Sitz und einige Minuten später bemerkt man, daß die Sitzung unterbrochen ist und die Galerie geräumt wird.

## Die Rede des Genossen Dr. Heller.

Dr. Heller: Wieso kam es nicht nur drüben, sondern auch bei uns zu Szenen dieser Art, wie wir sie eben schauernd miterlebt haben. Wieso ist es möglich, daß unter gestitteten Menschen die Gegenfäße, die politischen und die nationalen Gegenfäße so weit kommen, daß sie bis zu persönlichen Auseinandersetzungen geraten. Wie ist es auch möglich, daß jemand in seinem Ueberreifer so weit geht, einer Idee Handlungen zu unterwerfen, die sie nie begangen haben kann. Das ist nur deshalb möglich, weil Sie durch Ihre Politik, dadurch, daß Sie jeden, der Ihrer Regierung Opposition macht, unterwerfen, er sei staatsfeindlich, daß Sie in der Bevölkerung und auch auch innerhalb der gesetzgebenden Körperschaften selbst durch Worte, wie Sie heute hier der Referent gebraucht hat, durch Worte, wie sie Herr Prochazka im Budgetauschuß gebraucht hat, durch all das immer wieder

verwechseln die Opposition gegen die Regierung mit irgendeinem Widerstand gegen den Staat.

Nur deshalb, weil Sie jeden, der Ihnen Opposition macht, als Hochverräter betrachten, nur dadurch können diese Dinge entstehen. Wenn Sie diese Fälschung der Wahrheit nicht vornehmen würden, wenn Sie ruhig zugeben würden, daß es doch auch zulässig ist, Ihrer Koalitionsregierung Opposition zu machen, ohne daß man gegen den Staat etwas hat, dann könnten solche Dinge nicht geschehen! Dann wäre die ganze

Nach 35 Minuten Sitzungsunterbrechung betritt Präsident Donat den Saal und ruft Dr. Kowalik wegen seiner Aeußerung, daß der Hussitismus die Slowakei ausgeraubt und ausgeplündert habe, zur Ordnung. Kowalik versucht, weiterzusprechen, wird aber von den Koalitionssenatoren, von denen einzelne die Rednertribüne besteigen und drohen gegen den Redner loszugehen, am Weiterprechen gehindert. Von allen Seiten ertönen Abzugerufe und Rufe „Nieder mit ihm!“. Kowalik wird durch Zurufe aufgefordert, zu widerrufen, weigert sich, dies zu tun.

**Kowalik:** Sagen Sie klar, ob der Hussitismus die Slowakei ausgeplündert hat oder nicht!

**Savlena:** Sie wollten die herrlichste Aera unserer Geschichte in den Kot zerren!

### Wortentzug:

Großer Lärm, der Vorsitzende lautet ununterbrochen und entzieht schließlich dem Redner das Wort, und entzieht schließlich dem Redner das Wort. Der Wortentzug ist vom Beifall der Koalition und „Ho! Psi! Absolutismus! Skandal!“ Rufen der Opposition begleitet.

In fortwährendem Lärm ergreift nunmehr Genosse Dr. Heller das Wort, bei dessen Erscheinen auf der Rednertribüne der Lärm aus unerklärlichen Gründen von neuem sich steigert.

Idee, nicht das Programm und die Tätigkeit verleiht ihr die „Schlagkraft“, sondern der Führer, das ist Herr Adolf Hitler! Von ihm hängt Sein und Nichtsein der Partei ab! Nicht auf die Werbekraft der Idee wird vertraut, nur auf die Zugkraft der Primadonna! Danach braucht man nur den Einen und Einzigen, auf dessen Schultern alles ruht, hinter Schloß und Riegel zu setzen und die Partei verläuft sich, wie eine Schafherde ohne Leithammel. Das will dann die Bewegung sein, an deren Wesen das deutsche Volk genesen soll! Und es ist wirklich so: kaum war Hitler in Haft, so war die nationalsozialistische Partei ein Tummelplatz von Intriganten, struppelosen Strebern und gewissenlosen Demagogen, nachdem sie schon vormem ein Zirkus für hysterische Narren und romantisch veranlagte Pubertätsjünglinge gewesen war.

haben es vorausgesehen: der treffliche „Vorwärts“ wird die Sache, auch wenn sie noch so faul ist, schon deckeln! Auch wenn die kommunistische Partei mehr als eine Million Stimmen verliert, sie „steht“ doch immerzu. Sie wird dem Kapitalismus und seiner — feilen Dirne, der Sozialdemokratie, immer „gefährlicher“, auch wenn sich kein Spag mehr vor der „revolutionären“ Vogelshede fürchten wird. Der kommunistische Schmod schreibt sich die Lügensinger krumm: „In den wichtigsten Industrieregionen sieht die Mehrheit der Arbeiterschaft nach wie vor hinter ihr.“ Die größten Verluste hat die Partei im Ruhrgebiete zu verzeichnen. . . . trotzdem ist auch hier die kommunistische Partei stärker als die sozialdemokratische.“ Im preussischen Landtage ein Aufstiege von 29 auf 54 Mandate! Wobei nur die Kleinigkeit verschwiegen wird, daß für den preussischen Landtag seit dem Jahre 1920 nicht gewählt wurde, und daß daher der Wahlstab fehlt, was die kommunistische Partei seit den letzten sieben Monaten, dem Datum der letzten Reichstagswahlen, verloren hat! Dann wird erzählt, jeder Kommunist, der für seine Partei Propaganda trieb, sei aus dem Betrieb geflogen, ja sogar mit einem „Terror“ verfolgt worden, der sich — hu, hu! — „bis zu Morb

Atmosphäre viel ruhiger, viel gestitteter und dann könnte es nicht zu solchen Zwischenfällen kommen, wie wir sie hier miterlebt haben. Ich werde mich in Ihren Streit nicht mischen; ich glaube nicht, daß die Frage, ob Tschechen und Slowaken eine Nation sind oder nicht, hier im Senat entschieden wird, das ist eine ethnographische und linguistische Frage und Sie werden sie nicht durch Abstimmungen, nicht durch Wortentziehungen oder Ordnungsrufe regeln, sondern es ist eine Frage, die wohl außerhalb des Hauses geregelt werden muß.

**Hij:** Befehlen Sie uns nicht!  
 Dr. Heller (fortfahrend): Ich habe nicht die Absicht, den Kollegen Pish, den Unbelehrbaren, zu beschlen! Vor allem muß ich einer Legende entgegenreten, die sich innerhalb eines Teiles der tschechischen Presse gebildet hat, daß zwischen den Angehörigen unserer Partei in der Frage der Beurteilung der Politik dieses Staates und der Teilnahme oder Nicht-Teilnahme an den Verhandlungen des Budgets irgendwelche Gegenfäße gebildet haben. Ich stelle fest, daß

sowohl der Klub der Abgeordneten und Senatoren, als auch der gesamte Parteivorstand vollständig einig

in der Beurteilung dieser Fragen sind. Ich stelle gegenüber den Versuchen, Uneinigkeit hervorzuheben, fest, daß von einer solchen Uneinigkeit auch

und Loschlag steigerte“. Da hat man die Erklärung für die verlorene Million Wähler! Die Ärmsten wurden ernordet und totgeschlagen und konnten daher ihrer Wahlpflicht für die kommunistische Partei nicht nachkommen! Zu bedauern sind die armen Leier des „Vorwärts“, denen dieses Lügenzeug vorgelesen wird und denen sich in eiserner Parteidisziplin der Wagen nicht umdrehen darf!

Zur Erweiterung einer weiteren Öffentlichkeit wurden hier die Trostsprüche der Besiegten vorgelesen, denen sie im übrigen zu ginnen sind, denn sie werden bald das einzige sein, das ihnen noch bleiben wird. In einem Meer von Lüge und Niedertracht wollten sie die Sozialdemokratie erjären, nun stehen sie trauernd an den Ufern, zerbeult und zerfchlagen wie die geschundenen Raubritter; was bleibt ihnen übrig, als in das verlöschende Delfinglein ihrer Hoffnungen das Del ihrer Phantasie zu gießen! Die Sozialdemokratie aber, die sie zu töten auszogen, steht groß und mächtig da und sie zieht die eine Feilsang von den nationalsozialistischen und kommunistischen Phrasen verblendeten Schichten des Proletariats immer stärker an sich. Ob die Brüder vom Hakenkreuz und Sowjetstern geifern oder Trostsprüchlein murmeln, die Entwicklung geht ihren Weg und dieser führt zur Sozialdemokratie!

# Rücktritt der Reichsregierung.

nicht im entferntesten die Rede sein kann.

Wir alle waren durch die Entwicklung der Politik in diesem Staate zur Ueberzeugung gelangt, daß wir uns an den Budgetverhandlungen nicht weiter beteiligen dürfen, wenn wir nicht unserer eigenen Ehre nahe treten wollen.

Unser Standpunkt wurde von Jehntausenden deutscher Arbeiter und Angestellten gebilligt und so ist die Politik, die wir gegenüber dem Budget eingeschlagen haben, die Politik unserer gesamten Partei.

Daß wir in diese verschärfte Opposition gedrängt wurden, ist ein Beweis dafür, daß für die deutsche Arbeiterschaft die Zustände vollständig unerträglich geworden sind. Die Verfassung dieses Staates ist aufgebaut auf Unrecht und Gewalt, ohne daß man die Hälfte der Bewohner dieses Staates herangezogen hätte.

## Zusammenstoß zwischen unseren Genossen und der Koalition.

Grubhy: Wir haben Euch mehr gegeben, als Euch gehört!

Heller (fortfahrend): Schon diese Worte beweisen, wie falsch Sie instruiert sind, wenn Sie glauben, daß Sie uns etwas geben können. Wir verlangen keine Geschenke; das, was in diesem Staate gilt, muß zwischen den Nationen vereinbart werden.

Klouba: Wo waren Sie im Kriege?  
Heller: Das werde ich Ihnen gleich beantworten.  
Klouba: Wo waren Sie vor dem 28. Oktober?

Heller (fortfahrend): Als schon im November 1918 unser verstorbenen Führer Seliger nach Prag kam und dort unsere Mitarbeit anbot, wurde ihm gesagt: Mit Rebellen verhandeln wir nicht. Dort waren wir. Wo waren Sie, die meisten von Ihnen vor dem 28. Oktober?

„Da waren Sie alle Rakusáci.“ Diese Worte sind von stürmischem Beifall der gesamten Opposition begleitet. Die tschechischen Senatoren drängen sich vor der Ministerbank an unsere Genossen und es kommt zu großen Auseinandersetzungen, die in erregter Weise geführt werden.

Klouba: Heller weiß genau, was ein Rakusáci ist. Sie waren schwarzgelb wie ein Schilderhaus. Jhynismus ist das von Ihnen, Herr Doktor.

Der Vorsitzende läutet und fordert den Senator Klouba zur Ruhe auf.

Klouba: Er darf hier nicht provozieren, wir lassen uns das nicht gefallen. Den Jhynismus Hellers vertragen wir nicht. Heller provoziert.

Heller: Aber ich provoziere doch nicht.  
Panet: Unsere Geduld mit diesen Deutschen ist zu Ende.

Der Vorsitzende läutet.  
Hly: Entweder geht er weg oder gehen wir weg. Ich lasse mich nicht beleidigen, er sagt uns „Rakusáci“.

Kiesner: Das ist doch unerhört. Wir dürfen hier nicht einmal mehr ein offenes Wort sprechen. Was ist das für eine Art?

Der Vorsitzende: Ich fordere den Redner auf, fortzufahren.

Löv: Wir haben hier dasselbe Recht wie Sie!  
Heller: Werden die Herren, die mir jetzt hier entgegneten, für jeden von der Koalition die Hand ins Feuer legen?

Klouba: Sie haben nicht das geringste Recht, von Rakusáci zu sprechen.

Es kommt zu einer lebhaften Kontroverse. Die Senatoren Kiesner und Löw schlagen erregt auf die Ministerbank. Der Präsident läutet wiederholt, doch kann er erst nach geraumer Zeit die Ruhe wieder soweit herstellen, daß sich Dr. Heller verständlich machen kann.

Heller: Sie haben uns den Vorwurf gemacht, daß wir keine Verantwortung haben, gegenüber dem Budget eine andere Politik einzuschlagen, daß unsere Opposition in bezug auf das Budget so behandelt wird wie die Opposition in anderen Staaten. Wenn Sie sich erinnern, wie oft im französischen Parlamente, u. zw. in der Deputiertenkammer, wie im Senate, Änderungen am Budget vorgenommen wurden über Vorschlag der Opposition, wie oft im französischen Parlamente das Budget von der Deputiertenkammer in den Senat und wieder zurück aus dem Senat in die Deputiertenkammer wanderte, werden Sie wissen, daß es nicht so ist wie bei uns. Wenn Sie sich erinnern, wie das Budget in England behandelt wird, werden Sie wissen, daß dort Anregungen der Opposition sehr ernst genommen werden und daß man nicht von vornherein erklärt: Ihr dürft reden — das war das letzte Recht bisher, es scheint, daß Sie uns dieses Recht auch noch nehmen wollen — daß Sie aber jeden Antrag, den wir stellen, von vornherein ablehnen werden. Und schließlich, war das so im Deutschen Reich, wo immer Änderungen am Budget über Antrag der Oppositionsparteien mit mehr als den Mehrheiten angenommen wurden. Wo ist das alles? Diese enge Veranschaulichung gibt es gar nicht dort, wo das Budget tatsächlich behandelt wird, in Deutschland wie in England und in Frankreich und in allen konstitutionell und parlamentarisch regierten Staaten. Nur hier nicht. Das ist der

Unterschied zwischen der Behandlung der Opposition in diesem Staate und der Opposition in anderen Staaten.

Berlin, 10. Dezember. (Eigenbericht.) Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung seinen alsbaldigen Rücktritt beschloffen. Ueber die Neubildung der Regierung steht noch nichts fest. Es ist aber anzunehmen, daß der Reichspräsident zunächst einen Vertreter der größten Partei in der Neubildung der Regierung betrauen und, wenn diese es ablehnt, dann eine andere Persönlichkeit damit beauftragen wird.

## Die Volkspartei für ein Rechtsregiment?

Berlin, 10. Dezember. Dem „Totalanzeiger“ zufolge ist heute vormittag der

Dr. Krousky: Wir haben eine ganze Reihe von Resolutionen angenommen!

Heller (fortfahrend): Wir sind beglückt. Sie haben ein paar Resolutionen von uns angenommen, die dann in den Papierkorb gewandert sind, die nie wieder das Licht der Öffentlichkeit erblicken haben. Wir sind ganz geknickt von dieser Gnade, die Sie uns da bewiesen haben.

Dr. Krousky: Sie provozieren!

Heller (fortfahrend): Erzählen Sie uns doch nicht von provokativem Verhalten. Sie provozieren durch ihre ganze Politik, dadurch, daß Sie in diesem Staate die Herrschaft einer Mehrheit errichtet haben, daß Sie die Herrschaft von fünf Menschen über den ganzen Staat aufgerichtet haben, damit provozieren Sie die ganze Bevölkerung, und deshalb erzählen Sie nichts von Provokationen. Drapieren Sie sich nicht mit der Demokratie, von der seit der Erziehung der Pöbel in diesem Staate keine Spur übrig geblieben ist!

Sie alle hätten Ursache zu kläffern, und unter vier Augen tun Sie es auch,

daß Sie gegen das System sind, aber in der Öffentlichkeit trauen Sie sich nicht, weil Sie von diesem System ähnlich unterdrückt werden, und ganz besonders Sie hier im Senate. Sie spielen die traurigste Rolle in diesem Staate!

Holy: Nehmen Sie sich einen Saksburger oder einen Juden zum König, dann wird Heller zufrieden sein!

Heller (fortfahrend): Ich denke, Sie wollen anders sein als in Oesterreich? Ich werde zufrieden sein, wenn Sie in diesem Staate, so wie er ist, eine wirkliche Demokratie einführen. Ist es nicht unerhört, daß die Öffentlichkeit den Inhalt der Beamtenvorlesungen nicht kennt, die morgen dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden.

Ist das Demokratie? Was heißt denn Demokratie? Demokratie heißt Teilnahme des Volkes an der Regierung. Glauben Sie, die erschöpft sich darin, daß man einmal in sechs Jahren das Volk zur Wahlurne schickt, und dann macht, was man will.

Demokratie erschöpft sich darin, daß man stündlich und täglich das Volk an der Gesetzgebung und Verwaltung teilnehmen läßt.

Sie schließen aber das Volk aus, Sie schließen aber auch die Vertreter des Volkes aus und über Sie herrschen unumchränkt und unverantwortlich fünf Männer in diesem Staate. Da wollen Sie, daß wir hier von Demokratie sprechen? Da nehmen Sie immer das Wort in den Mund, das für uns so heilige Wort Demokratie? Solange Sie sich nicht selbst Ordnung schaffen werden, solange haben Sie das Recht, von Demokratie in diesem Staate zu sprechen. Aus mir spricht keiner, der provozieren will, der wünscht, daß es so bleibt. Aus mir spricht jemand, der aus tiefster Seele bedauert, daß es so gekommen ist. Aus mir spricht jemand, der geglaubt hat, daß dieser Staat, der am 14. Oktober 1918 als sozialer Staat errichtet werden sollte, überhaupt sein wird auf der Zusammenarbeit der arbeitenden Klassen aller Nationen dieses Staates. Dadurch, daß Sie uns von dieser Zusammenarbeit vom ersten Tage an ausschließen haben, dadurch, daß Sie dieses Unrecht erleben haben, mußte immer wieder Unrecht geschehen. Denn Unrecht kann sich nur mit Unrecht erhalten. Dadurch ist es soweit gekommen, daß schließlich nicht nur wir, sondern auch Sie von der Regierung in diesem Staate ausgeschlossen wurden und eine

## Oligarchie an Stelle der Demokratie

getreten ist. (Zu den Tschechen gewandt): Sie verstehen nicht, daß wir über die Volksschule reden. Dafür haben Sie kein Empfinden, daß die Volksschule die einzige ist, die die Kinder der Arbeiter befähigt, daß der Schulbesuch der Arbeiterkinder bei der Volksschule aufhört. Die Volksschule ist die einzige Kulturstätte der Arbeiter und deren Kinder, deshalb empfinden wir gerade die

## Drosselung der Schulen

schwer.

Dr. Klouba: Ueberflüssige Schulen werden zerstört!

Dr. Heller: Es gibt keine überflüssigen Schulen!

Kiesner: Schämt Euch! (Lärm.)

Dr. Heller (fortfahrend): Sie sagen uns Sie wollen Schulen gesperrt, in denen vier bis fünf Kinder waren. Ich kann Ihnen nachweisen, daß Sie Kinder in Schulen errichtet haben, in denen ein tschechisches Kind und ein deutsches Kind war in Robosedi im Bezirke

Parteibestand der deutschen Volkspartei zusammengetreten, um über die Neubildung der Reichsregierung zu beraten. Die Besprechungen sind vertraulich. Die Blätter glauben jedoch auf Grund von Anfordrungen aus volksparteilichen Kreisen, daß der Parteivorstand der Volkspartei der Auffassung sein werde, der einzig mögliche Weg für die Neubildung der Regierung sei in der Richtung einer Rechtsregierung zu suchen. In Preußen werde die Partei ihre Haltung von der Entwicklung im Reiche abhängig machen.

Ludich ich werde darauf noch zurückkommen. Es gibt Schulen, wo drei und vier tschechische Kinder gewesen sind, aber uns sperren Sie Schulen, in denen zwanzig deutsche Kinder saßen. (Zuruf: Für wen reden Sie!) Mich wundert die Frage, für wen ich rede. Für niemanden anderen, als für die Kinder der deutschen Arbeiter und für die Lehrer, welche stellungslos werden.

Dr. Klouba: Ich möchte wissen, wer das zahlen soll!

Heller (fortfahrend): Es wundert mich sehr, daß gerade die Angehörigen jener Partei hier so auftreten, deren einer Führer, der Herr Außenminister vor kurzem gesagt hat, daß die Politik dieses Staates zu weit nach rechts gedrängt sei. Ihnen scheint sie noch immer nicht weit genug rechts zu sein.

Holy: Wir werden uns anschauen, wie es vor dem Kriege war, im alten Oesterreich.

Heller (fortfahrend): Sie leben immer in der Vergangenheit. Versuchen Sie einmal, in das Jahr 1924 zu kommen. Sie leben im Jahre 1914.

Holy: Sie reden auch für die Deutschen von 1914.

Heller: Nein, ich rede von der Gegenwart, daß Sie uns Schulen wegnehmen, daß Sie die Demokratie wegnehmen, von all dem rede ich.

Grubhy: In Tirol seid Ihr ganz ruhig.

Heller: Der Grubhy ist der Apostel der Wahrheit. Der Mann, der die verkleideten Kinder aus Eger auf den Wenzelsplatz geführt und hier Krawalle inszeniert hat. (Großer Lärm. Zuruf: Grubhy macht seinem Namen Ehre! Grubhy heißt deutsch grob. Ann. d. N.)

Dr. Heller: Die Ausgaben für die tschechischen Hochschulen betragen nach dem uns vorliegenden Budget 79.668.560 K., die für die deutschen Hochschulen 23.508.481 K. Der Anteil der deutschen Hochschulen würde so ungefähr, nicht ganz dem Bevölkerungsschlüssel entsprechen, aber Sie haben für Ihre Hochschulen auch die Ruthenen, die Ungarn, und alles, was sonst noch im Staate gibt, miteingeschlacht. So daß heute die Ausgaben für die tschechischen Hochschulen nahezu dreieinhalbmal so hoch sind wie die für die deutschen Hochschulen.

Es werden die außerordentlichen Kredite den deutschen Hochschulen genommen und zur Einrichtung der im Jahre 1924 aufgeführten Bauten verwendet. Und das sind eben ausschließlich Bauten der tschechischen Hochschulen. Die Einrichtung der deutschen Hochschulen wird einfach zunichte gemacht, die Beiträge, die sie unbedingt brauchen, werden den tschechischen Hochschulen überwiehen.

Im Budget pro 1925 finden Sie für die medizinische Fakultät der deutschen Universität in Prag 24 Stellen von außerordentlichen Professoren systemisiert. Für die wird im Budget die Bedeckung vorgesehen. Tatsächlich aber gibt es nur 16, acht Stellen sind derzeit frei geworden und mit Erlaß vom 6. November 1924 wird verfügt, daß systemisierte Stellen, wenn sie frei werden, nicht mehr zu besetzen sind. Erstens ist es unerhört, gerade die medizinische Fakultät derer zu berauben, welche die Studenten unterrichten sollen und zweitens frag ich: warum präliminieren Sie 24 Stellen, wenn zur Zeit als präliminiert wurde nur tatsächlich 18 da waren? Da wird das berühmte Bismarck einreten und das Geld, welches für deutsche außerordentliche Professoren bestimmt war, wird für die tschechische Universität verwendet werden.

So behandelt man unsere deutschen Universitäten. Wir fordern

## für unser gesamtes Schulwesen die nationale Autonomie,

weil wir wissen, daß nur dann, wenn wir unser Schulwesen selbst verwalten und bezahlen, diese Zweckmäßigkeit zwischen Ihnen und uns aufhören werden.

## Was ist aus der Bodenreform

in diesem Staate geworden? Die Bodenreform, die von uns gedacht war als die Ueberführung des Eigentums an Grund und Boden aus den Händen Privater in die Hände der Gemeinschaft, der Gesellschaft, der Gemeinden, der Bezirke, von Bezirksverbänden, von Gemeinde- und Ortschaftsverbänden, was ist daraus geworden? Ein rein kapitalistisches Unternehmen, wie es mein Genosse Gedy sehr richtig im Parlamente gesagt hat, „die Schaffung eines neuen tschechischen Landabels“ ist daraus geworden und ein Instrument der Tschechisierung.

Da haben Sie den Dr. Rebošedl im Bezirk Roudny ein rein deutsches Dr. in dem es eine einzige tschechische Familie gab oder

gibt, das ist die Familie des dortigen Meierhofpächters. Der hat es durchgesetzt, daß ihm der dortige Großgrundbesitzer mit Zustimmung des Bodenabtes diesen Meierhof verkauft hat. Für die Herren vom Bund der Landwirte möchte ich nur erwähnen, daß dieser tschechische Meierhofpächter bei den letzten Wahlen in die Gemeindeverwaltung auf die Liste des Bundes der Landwirte landierte hat und gewählt wurde. Dieser tschechische Meierhofpächter hat nun, kaum daß ihm dieser Meierhof gehört hat, seinen Arbeitern gesagt: „Hier wird eine tschechische Schule errichtet. Entweder schickt ihr die Kinder in die tschechische Schule oder ich hole mir andere Arbeiter aus den tschechischen Gebieten.“

Thor: Heute besteht in Robosedi

eine tschechische Schule, in welche das eine Kind des tschechischen Pächters und 12 oder 13 deutsche Kinder gehen.

Und da hat Minister Ströbrny der heute hier eine kurze Gastrolle gegeben und nach ungefähr einjähriger Abwesenheit sich hier etwa 10 Minuten hat bilden lassen, den Mut zu sagen: „Wir wollen nicht ein einziges Kind den Deutschen rauben wir dulden aber auch nicht, daß unsere Kinder verdeutschet werden.“ Hier haben Sie einen Fall. Es gibt einen Ort Kutscherau im Bezirk Wischa u mit einer tschechischen Schule, die drei Kinder hat. Untersuchen Sie dort die Sache. Dort in Kutscherau im Bezirk Wischa u hat die Narodni Jednota 10 Seklar Grund 8 1/2 erworben und verpachtet

den Grund an jene Deutschen, die ihre Kinder in tschechische Schulen schicken.

So wird die Bodenreform in Ihren Händen zu einem Objekt der Tschechisierung. Nun geht Redner einige andere Fälle.

In der letzten Zeit verdrängt die Regierung systematisch die deutschen Arbeiter von ihrem Arbeitsplatz. Soweit das Investitionsbudget kontrollierbar ist, werden alle Investitionen ins tschechische Gebiet gegeben, kaum 10 Millionen gehen ins deutsche Gebiet. Aufgelöst wurde unsere ganze tiefe Empörung durch die Rede des Eisenbahnministers in Laun, wo er die

## Entlassung von 7000 deutschen Arbeitern

ankündigt. Und daselbe droht unseren übrigen Staatsbeamten. Wenn die Ausgaben für die Armee 1865 Millionen betragen, so geben wir für sie ebensoviel aus, wie das alte Oesterreich. Von der Miliz aber ist es ganz still geworden. Auf die Finanzpolitik übergehend, erklärt Redner, daß er sich

## gegen jeden Kontrollor

auspricht. Nicht so sehr aus Gründen der Preisse, sondern deshalb, weil aus den Erfahrungen, die mit dem Kontrollor in Oesterreich gemacht wurden, man weiß, daß die Kontrolle vor allem gegen die Arbeiter richtet. Deshalb sprechen wir uns dagegen aus. Allerdings Sie, die Sie an der Kontrolle in Oesterreich mitgearbeitet haben, haben nicht das Recht, für sich die Kontrolle abzulehnen. Aber wir, die wir die Kontrolle abgelehnt haben, haben schon ein Recht, uns gegen jede Kontrolle aus das entscheidende zu verwalten. Aber das hindert nicht, daß wir uns jedoch ernstlich mit der Frage werden befassen müssen, was mit den Finanzen unseres Staates wird. Ich will hier nicht schwarz malen, es fällt mir nicht ein, die Tschechoslowakei ist ein reiches Land. Wenn nicht in diesem Staate der nationale Unfrieden herrschen würde, wenn hier nicht solche Dinge vorgegingen, wie wir sie heute während der Rede des Kollegen Kovalik gesehen und angehört haben, wenn wir in diesem Staate alle miteinander arbeiten, zur Regelung der finanziellen Schwierigkeiten und wenn sie als Mehrheit die Voraussetzungen für diese Mitarbeit schaffen würden, dann wäre es vielleicht möglich, daß wir nach und nach diesen Staat aus seinen finanziellen Kalamitäten herausbringen würden. Die Voraussetzungen schaffen Sie nicht mit der verfehlten Bodenreform. Schaffen Sie nicht mit der Verdrängung des deutschen Arbeiters von seinem Arbeitsplatz, mit den unzähligen Komplikationen, schaffen Sie nicht mit der Niederdrückung der Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit, schaffen Sie nicht mit der Niederdrückung der Demokratie und der Aufriechtung einer Oligarchie, sondern dazu bedarf es eben anderer Dinge und nicht solche Reden, wie die Horáček wieder von den staatreuen Parteien gesprochen hat.

Wie gefährlich ist das doch für Sie, daß Sie die Koalition mit dem Staat identifizieren.

Dann ist ja die Niederlage der Koalition, die Sie doch bei den nächsten Wahlen leicht erleiden kann, eine Niederlage des Staates. Begreifen Sie doch, was Sie selbst mit Ihrem Staate machen. Aber ich glaube schon, daß das Staatsbewußtsein bei Ihnen sehr zusammenhängt mit dem Interesse Ihrer Parteien und das hat Horáček heute wieder hier bestätigt, der es als selbstverständlich bezeichnet hat, daß

bei den Beamten die Beamten nach dem Schlüssel der politischen Parteien aufgeteilt werden.

Sie müssen wissen, daß durch die Schakanweisungen, von denen einzelne nicht große Banken an 800 Millionen im Depot haben, eine ungeheure Gebundenheit des Kapitals und eine Verschknappung und dann ein kolossaler Zinsfuß eingetreten ist. Und es ist doch im höchsten Grade bedenklich, wenn die „Nation“, ein so ernstes englisches Blatt, den englischen Kapitalisten nahelegt, an Stelle der sprozentigen tschechischen, die Prozentige deutsche Anleihe zu zeichnen.

Sie leben, meine Herren, unter der Zwangs- vorstellung, daß hinter allem, was im Auslande ungünstiges über diesen Staat gesprochen wird, immer ein Deutscher stehen müsse. Dem ist aber nicht so. Schuld daran ist Ihre Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik. Sie gibt dem Auslande die Handhabe so zu urteilen, wie es geschieht. Die erste Voraussetzung zur Hebung unserer Wirtschaft wären doch möglichst billige Produktionskosten und billige Preise überhaupt. Hierzu aber geschieht seitens der Regierung so gut wie nichts.

Wir strengen uns an, Ihnen die Gründe, die uns zur Abkehr der Budgetberatungen bewegen haben, darzulegen. Wenn Sie glauben, daß es gelingen wird, die dreieinhalb Millionen Deutsche dieses Staates ernstlich zu schädigen, so irren Sie. Die Frage, die Sie mit Ihrer Politik aufwerfen, ist nicht die Existenzfrage der Deutschen, sondern die Existenzfrage dieses Staates selbst. (Langanhaltender Beifall.)

Die Erklärung der Deutschbürgerlichen.

Senator Lusch gab folgende Erklärung ab: Im Namen der Senatoren des Bundes der Landwirte, der deutschen Nationalpartei, der deutschen christlichsozialen Volkspartei, der deutschdemokratischen Freiheitspartei und der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei habe ich folgende Erklärung vorzubringen:

Seit mehr als vier Jahren haben wir an den Arbeiten dieses Hauses, insbesondere an der Beratung des Staatsvoranschlags teilgenommen und waren dabei bemüht, durch sachliche Anträge den Interessen der gesamten Bevölkerung zu dienen. Unsere Mitarbeit wurde aber von der herrschenden Regierungsmehrheit nicht gewürdigt, alle Anträge, auch wenn sie noch so begründet waren, einfach niedergestimmt und uns dadurch in aller Deutlichkeit gezeigt, daß uns in diesem Hause keinerlei Einfluß auf die Gesetzgebung dieses Staates zugestanden wird. Auch der vorliegende Staatsvoranschlag, der ohne jede Mitwirkung deutscher Parlamentarier oder nur deutscher Beamten zustande gekommen ist, wurde von der Regierung und ihrer parlamentarischen Mehrheit von vornherein als völlig unabänderlich erklärt und damit die Budgetdebatte zur bloßen Formalität herabgewürdigt. Dieses Vorgehen der parlamentarischen Mehrheit bei der Beratung des Staatsvoranschlags bildet nur eine Leier-scheinung des planmäßigen, von der Gesetzgebung und der Verwaltung in diesem Staate gegen das sudetendeutsche Volk geführten Vernichtungskampfes, der auf die völlige Zerstörung unseres nationalen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bestandes hinzielt und die Deutschen und ihre Sprache von Schule, Scholle und Arbeitsplatz zu verdrängen trachtet. Mit Rücksicht darauf habe ich im Namen der genannten Parteien zu erklären, daß wir uns dem von unseren Kollegen im Abgeordnetenhaus eingehaltenen Vorgehens anschließen und daher an der Beratung des Staatsvoranschlags nicht beteiligen.

Hierauf verließ die Opposition den Saal und die Koalition setzte die Beratung des Voranschlags allein fort.

Inland.

Theorie und Praxis.

Ein Beitrag zum Kapitel „Einheitsfront“.

Auf einer Bezirkskonferenz der Landbündler in Luda hat Abg. Mayer eine politische Rede gehalten, die sich hauptsächlich mit der innerpolitischen Situation befaßt. Unter Hinweis auf die letzten Vorgänge im Parlament kam Abg. Mayer auf die weitere Taktik der Oppositionsparteien zu sprechen und sagte u. a.:

Wir müssen im Parlamente zunächst versuchen unter den deutschen Parteien eine Einigkeit zu schaffen. Wir haben es den deutschen Sozialdemokraten gar nicht verübelt, daß sie uns bei der Budgetdebatte mit der Abstimmung vorangingen. Wir würden es im Gegenteil mit Freude begrüßen, wenn sie immer an der Spitze der deutschen Abwehrfront marschieren würden. De: Bauer geniert sich nicht, mit dem Arbeiter beizumähen zu sehen, weil er ja auch mit ihm arbeiten muß. Er ist es nicht, der den deutschen Arbeiter vom Arbeitsplatz verdrängt, der deutsche Bauer ist froh, wenn er deutsche Arbeiter bekommt. Immer sind es die Tschechen, die den deutschen Arbeiter verdrängen.

Hierzu ist zu sagen, daß wir unser politisches Verhalten heute und in aller Zukunft nach unserem Ermessen einrichten werden, ohne Rücksicht darauf, ob es uns der Herr Mayer „verübelt“ oder nicht. Auf die sonstigen Lektionen des agrarischen Wortführers muß erwidert werden, daß seine schöne Einheitsheorie mit der Praxis sehr schlecht übereinstimmt. Gerade in Eger, sozusagen an „Stammis“ des Herrn Mayer, wie auch in Jochimsthal haben die „deutschen Bauern“ und mit ihnen die „deutschen“ Bürger handgreiflich bewiesen, daß sie sich doch genieren, mit Vertretern der deutschen Arbeiter in der Bezirksverwaltungskommission zu sitzen und dort lieber unter Preisgabe des letzten Restes der Selbstverwaltung einen tschechischen Bürokraten antieren lassen. Was die Vorliebe der deutschen Bauern für die deutschen Arbeiter betrifft, kommen wir wohl der Wahrheit mit der Feststellung am nächsten, daß sie am allermeisten die billigen Arbeitskräfte lieben, auch dann, wenn deren Heranziehung aus fremden Sprachgebieten die eigenen Volksgenossen entwürzelt.

Interessant ist eine weitere Bemerkung Mayers, wie er sich das künftige Vorgehen der Opposition wünscht. Er meinte da:

Der Gewerkschaftskongress.

Letzter Verhandlungstag.

Karlsbad, 10. Dezember. (Eigenbericht.) Am Mittwoch, dem letzten Kongrestage wird zunächst in die

Debatte über die sozialpolitischen Fragen

eingegangen. Friedrich (Arbeitergewerkschaftskommission Budweis) macht darauf aufmerksam, daß jede Ueber-tretung sozialpolitischer Bestimmungen beim Gewerbeinspektorat angezeigt werden muß. Im übrigen schildert er die sozialpolitische Rückständigkeit im Böhmerwald, besonders in der Land- und Forstwirtschaft.

Scharing (Kreisgewerkschaftskommission Karlsbad) weist auf die Uebertretung der achtstündigen Arbeitszeit, insbesondere auf den Staatsbauten hin. Er verlangt ferner die Errichtung eines Gewerbegerichtes in Karlsbad und Eger.

Bergmann (Industriearbeiter) erörtert die Frage des Angestelltenrechtes und weist auf die Mängel der bestehenden Pensionsversicherung der Angestellten hin.

Bevor der Vorsitzende, Genosse Palme dem nächsten Redner das Wort erteilt, gedenkt er mit tief empfundenen Worten dem Hinscheiden der Genossin Amalia Bötzler (Wien).

Grünzner (Eisenbahner) spricht namens der öffentlichen Angestellten. Die Staatsgewalt hat an ihren Angestellten ungeheures Unrecht verübt. Die Arbeiter und Angestellten des Staates werden planmäßig von ihrem Arbeitsplatz verdrängt. Die Sprachprüfungen werden zum Mittel der Schikanierung des Raubes jährlich etwa zweihundert Rechte. Der Kongress muß seinen Protest hinaustrufen gegen ein solches Vorgehen. Der Achtstundentag wird vielfach übertreten, Eisenbahnunfälle in der letzten Zeit sind eine Folge der Ueberbürdung des Personals. Auch der geplante Abbau der Staatsbeamten bringt die Gefahr einer Verlängerung der Arbeitszeit mit sich. Tausende von Menschen werden auf das Pflaster geworfen werden und die industriellen Reservearmeen vermehrt. Sie werden damit auch zu Vorkämpfern für alle übrigen arbeitenden Menschen.

Reger (Metallarbeiter) sagt, daß auch die deutschen Arbeiter aus den Privatbetrieben gedrängt werden. Die Unternehmer, die Staatslieferungen bekommen, müssen tschechische Arbeiter anstellen. Die geplante Neuordnung der Arbeitsvermittlung soll nationalistischen Tendenzen dienen.

Geß (Eisenbahner) weist nach, daß der geplante Angestelltenabbau eine Anarchie im Eisenbahnbetrieb herbeiführen werde. Die Schwäche der Staatsangestellten rührt daher, daß sie in nicht weniger als 110 Organisationen, darunter 28 Eisenbahnorganisationen, zerstückelt sind.

Gottschlig (Postler) bemängelt das Fehlen einer Krankenversicherung bei den Staatsangestellten.

Baroch (Arbeitsvermittlung (Auffig) bespricht die Fragen der Arbeitsvermittlung.

Mischer (öffentlicher Angestellter) begründet den Antrag seines Verbandes, worin gegen den in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwurf betreffend die Finanzwirtschaft der autonomen Körperschaften. Der Entwurf bedeutet einen unerhörten Angriff auf die Rechte der Angestellten der Selbstverwaltungskörper.

Tschal (Postler) bespricht die soziale Rückständigkeit der Postverwaltung und die Bewegung der deutschen Postangestellten. Auch das Gesetz der Kommerzialisierung der Staatsbetriebe bedeutet eine neuerliche Zurückdrängung der Vertrauensmänner.

Hilster (Arbeitsvermittlung (Vedenbach) tritt für die Schaffung neuer gesetzlicher Grundlagen für die Arbeitsvermittlung ein.

Nach dem Schlußwort des Referenten, Genossen Schäfer, wird zur

Abstimmung

über die zahlreichen zu diesem Gegenstande vorliegenden Anträge geschritten.

Die Resolution der Zentralgewerkschaftskommission zum Punkt Sozialpolitik wird angenommen. Ebenso werden die Anträge der Angestelltenorganisationen betreffend die Novellierung des Handlungsgesetzbuches sowie die Anträge der öffentlichen Angestellten gegen einen Personalabbau, für die Erhaltung des Achtstundentags in den Staatsbetrieben, für die Erhöhung der Bezüge gegen den durch das Gesetz betreffend die Finanzwirtschaft der autonomen Körperschaften geplanten Angriff auf die Rechte der Angestellten der Selbstverwaltungskörper, gegen die Ausschaltung der Vertrauensmänner, welche durch die Bestimmungen über die Kommerzialisierung der Staatsbetriebe geplant ist, sowie für die Krankenversicherung der Staatsangestellten angenommen. Ferner wird zum Beschluß erhoben ein Antrag der

„Wir wollen keinen Verband der verschiedenen Parteien, auch keine Obmannerkonferenz, wir wollen nur die Fühlungnahme und das einheitliche Vorgehen aller deutscher Parteien im entscheidenden Augenblicke.“

Das klingt bedeutend realistischer als das Gerede der Deutschnationalen und Nationalsozialisten vom „oppositi onellen Block“, die dieses Schwantmwort als Deklamation für ihre demagogische Politik gegen die Sozialdemokraten benützen. Aber auch in dieser sehr eingeschränkten Fassung wird sich Herrn Mayers Einheitsheorie schwer

Lebensmittelarbeiter betreffend die Bekämpfung des Rost- und Logiswesens, wodurch der Arbeiter in drückende Abhängigkeit von seinem Arbeitgeber gerät. Weiters werden Anträge angenommen, in denen Errichtung von Gewerbegerichten in Industriegebieten, eine Reform der Gewerbeordnung und die Errichtung von Prüfkammern verlangt werden. Schließlich werden Anträge auf Ausdehnung des Gesetzes über die Betriebsausschüsse auf Theaterbetrieb, Schutz der Lehrlinge und Verbot der Nacharbeit in den Bädereien angenommen.

Zum Punkt Arbeitsvermittlung wird eine Entschließung angenommen, die wir noch veröffentlichen werden. Eine andere Resolution der Metallarbeiter wird der Zentralgewerkschaftskommission zugewiesen.

Zum Punkt Arbeiter- und Angestelltenrecht ein Antrag, der die Forderungen der öffentlichen Angestellten zusammenfaßt, zum Beschluß erhoben, ebenso ein Antrag, der die Unterstellung der Theaterbetriebe unter die Gewerbeordnung verlangt.

In der

Nachmittags-sitzung

erstattete Genosse Macoun das Schlußwort zum Punkt

„Organisationsfragen“

worauf die Abstimmung vorgenommen wird. Die Anträge über die Neuordnung der Betriebe für die Kreisgewerkschaftskommissionen werden nach den Vorschlägen des Referenten, beziehungsweise der Antragsprüfungskommission angenommen; ebenso werden die übrigen in den Organisationsfragen vorliegenden Anträge angenommen.

Zum Punkt „Bildungsarbeit“ wird der Antrag auf Einführung einer Bildungssteuer ab 1. Jänner 1925 und in Verbindung damit die Errichtung einer Zentralstelle für sozialpolitische und allgemeine gewerkschaftliche Bildungsarbeit ab 1. Juli 1925 angenommen.

Der Kongress beschloß weiter, die Vertretung aller Gewerkschaftsorganisationen aufzufordern, Aufklärungs- und Werbearbeit auch in seinen Berufsgruppen zu leiten, deren Angehörige infolge der eigenen Art der Beschäftigung (Mischer, Müller, Hausangestellte) schwer zu erreichen sind.

Sodann erstattete Genosse Schuster die Vorschläge der Wahlkommission. Entsprechend diesen Vorschlägen werden einstimmig gewählt:

Zwölf Mitglieder der Zentralgewerkschaftskommission:

Tiapel Adalbert, Pohl Adolf, John Julius, Klinger Ludwig, Uhl Johann, Macoun Franz, Fischer Anton, Kaufmann Franz, Roscher Anton, Palme Franz, Bergmann Florian, Grünzner Ernst,

sechs Ersatzmänner der Zentralgewerkschaftskommission: Eberhart Adolf, Jarolim Anton, Prettich Rudolf, Schiller Johann, Müller Anton, Löwit Karl,

fünf Mitglieder der Kontrolle: Capka Karl, Rase Josef, Tauber Vincenz, Girsch Ernst, Dr. Sahn Otto, sowie 15 Mitglieder für das Schiedsgericht und 15 Ersatzmänner für das Schiedsgericht.

Hiermit ist die Tagesordnung des Kongresses erschöpft.

In seinem

Schlußwort

dankt der Vorsitzende allen denjenigen, welche den Kongress vorbereitet und durchgeführt haben. Er gibt eine Uebersicht über die Arbeit des Kongresses, der vielfach bedeutungsvolle Beschlüsse gefaßt hat. Sie werden dazu dienen, die Entwicklung unserer Organisationen zu fördern. Im Geiste der Zusammengehörigkeit gehen wir an unsere künftige Arbeit.

Mit dem Absingen des Liedes der Arbeit wurde die für die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung der Tschechoslowakei richtunggebende Tagung geschlossen.

Genosse Baroch (Auffig) ersucht uns, festzustellen, daß er in der Debatte über die Frage der Arbeitslosigkeit unter anderem folgendes gesagt habe: „Deshalb Kontrollierung des Arbeitslosen kann nur dann einen Sinn haben, wenn auch die Möglichkeit vorhanden ist, daß dem Arbeitslosen von Seite der Kontrollstelle eine Arbeitstelle zugewiesen werden kann. Wenn aber, wie dies im Punkt 9 der Resolution verlangt wird, die Kontrollmeldung ausschließlich nur bei den Gemeindefunktionären erfolgen soll, dann wird es überhaupt nicht möglich sein, dem Unterstüchtungsnehmer einen Arbeitsplatz zuweisen zu können. Ich würde empfehlen, diesen Punkt 9 zu ändern in dem Sinne, daß die Kontrollmeldung wenigstens einmal in der Woche bei der öffentlichen Arbeitsvermittlung zu erfolgen hätte.“

realisieren lassen, was aus der gleichen Nummer der „Landpost“, die das Referat enthält, ersichtlich ist. Dort wird in dem Bericht über eine gemeinsame Protestkundgebung aller Deutschbürgerlichen in Teich angedeutet, daß der deutsche nationale Redner weit über den Rahmen seines Referates über die Schuldlosigkeiten hinausgegangen sei. Ja noch mehr: „Weider hielt er (der Deutschnational) es bei dieser, den Stempel der Gemeindefunktion tragenden Tagung für nötig, die bisherige Taktik der Arbeitsgemeinschaft in wenig feiner Weise

herabzusetzen, wobei er übersehen, daß durch diese mit größten persönlichen Opfern verbundene Taktik der Arbeitsgemeinschaft erst die Voraussetzungen für die geeignete Opposition geschaffen wurde.“

So ist es mit der völkischen Disziplin im Lager der bürgerlichen Einheitsfront bestellt! Die Lodsmänner, die Vorkämpfer der Volksgemeinschaft, müssen eben ihre Extratouren machen, wobei es auf eine mehr oder weniger „feine“ Ausbeutung der anderen stehenden Volksgenossen nicht ankommt. Im übrigen deutet die Bemerkung, wonach die mit „größten persönlichen Opfern“ (?) verbundene Taktik der Arbeitsgemeinschaft erst die Voraussetzungen einer „geeigneten“ Opposition geschaffen hat, darauf hin, daß die Landbändler den sogenannten Aktivismus gründlich satt bekommen haben. Bleibt nur noch die Frage offen, ob sich nun innerhalb der Deutschbürgerlichen eine Einigung darüber erzielen läßt, welche für die Zukunft die „geeignete Opposition“ sein könnte. Denn die Praxis derer, die sich den deutschen Arbeitern gegenüber so gern als Lehrmeister der Einheitsfront aufspielen, sieht erbärmlich schlecht aus.

Eine ruhige Sitzung im Abgeordnetenhaus.

Prag, 10. Dezember. Die Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde um 8 Uhr 20 Min. eröffnet. Präsident Tomasek erklärte zu Beginn der Sitzung, daß aus dem ägyptischen Abgeordnetenhause und Senat das in der Tagespresse angekündigte Memorandum gegen das Vorgehen Englands in Ägypten eingelangt ist. Im Zusammenhang damit habe an ihn der Abg. Reich nach §. 70 der Geschäftsordnung die Anfrage gerichtet, ob das Präsidium diesen Protest zur Kenntnis nehmen und auf welche Weise sie ihn beantworten werde. Präsident Tomasek habe die beiden Proteste sowohl dem Vorsitzenden des Senats als auch der letzten Sitzung der beiden Parlamentspräsidien zur Behandlung vorgelegt. Das Präsidium hat beschlossen, in der Angelegenheit, die einen streng internationalen Charakter habe, so vorzugehen, daß dieses Vorgehen im Einklang mit der Außenpolitik des Staates bleibe. Es kann aber erst auf Grund der Untersuchung vorgegangen werden, die eine notwendige Vorbedingung ist und bisher nicht abgeschlossen wurde.

Als ersten Punkt der Tagesordnung wird die Änderung des Pachigesetzes in Karpathenland verhandelt und nach kurzer Debatte angenommen.

In zweiter Lesung wird sodann das Gesetz über die Wohnungsfürsorge und jenes über die Umwandlung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Genossenschaften verhandelt und angenommen. Ferner wird nach den Berichten der Referenten der Gesetzentwurf des Senates angenommen, demzufolge die Förderung von Witumen dem Berggesetz untersteht.

Zum Schluß der Sitzung beschäftigt sich das Abgeordnetenhaus mit einer Reihe von Immunitätsfällen. Schluß der Sitzung um 5 Uhr.

Die nächste Sitzung findet Freitag, 11 Uhr vormittags, statt.

Der tschechisch-nationalsozialistische Parteitag.

Der Parteitag der tschechischen Sozialisten wurde Montag in Brünn beendet. Der Parteitag hat die erwartete Auseinandersetzung zwischen dem linken Flügel und der offiziellen Führung der Partei nicht gebracht — zumindest ist diese Auseinandersetzung nicht vor den Augen der Öffentlichkeit erfolgt — wohl aber ist von einigen Rednern verlangt worden, daß in der Frage der Trennung von Kirche und Staat energischer vorgegangen werde, eventuell auch um den Preis eines Minoritätenkabinetts. Die volitische Aussprache dauerte acht Stunden und wurde mit einem Schlußwort Ströbrny beendet, der die Opponenten dahin zu beschwichtigen suchte, daß es nicht Aufgabe der staatsbildenden Politik sei, zu kritisieren, sondern neue Wege zu suchen. Ströbrny versicherte, daß er weder aus Wehla noch aus Kramat und Sramel einen Sozialisten machen könne. Er schloß: „Saget mir, was ich an die Stelle der Koalition setzen soll und ich werde mit Euch sein. Das Kompromiß war in Böhmen immer unpopulär.“ Und damit basta! In der vom Kongress angenommenen Resolution heißt es:

„Der 10. Kongress der tschechoslowakischen Sozialistenpartei genehmigt die Außenpolitik Dr. Beness. Mit Bedauern wird konstatiert, daß die Trennung von Staat und Kirche nicht durchgeführt wurde. Sollte die Regierung in ihrer heutigen Zusammensetzung dem Parlament eine entsprechende Entwurf über die Trennung nicht vorlegen können, so fordert der Kongress, daß das eine Minoritätenregierung durchführe. Der Kongress verwahrt sich gegen die kommunistischen Thesen betreffend die Nationalitäten. Der Kongress spricht sich für eine Änderung des Regimes in Karpathenland, insbesondere in Sprachen- und Schulangelegenheiten aus. Die vom Kongress angenommene Resolution fordert eine Reform der öffentlichen Verwaltung durch Zusammenlegung der Zentral- und sonstigen Behörden, durch eine durchgreifende Vereinfachung der Amtierung und Einführung einer neuen Dienstpragmatik für alle Angestellten. Die Partei lehnt nicht eine Reform der Wahlordnung in dem Sinne ab, daß die

direkte Verantwortlichkeit des Abgeordneten gegenüber den Wählern hergestellt wird, falls dabei das Prinzip der Proportionalität gewahrt wird. Die Partei fordert abermals die Trennung des Staates von der Kirche und die Aufhebung der tschechoslowakischen Gesandtschaft beim Vatikan.

Ueber die Kongreßverhandlungen berichtet das Tsch. P.-B.:

Die wirtschaftlich-soziale Sektion verhandelte über die Reserate des Abg. Luob, des Ministers Frank und Dr. Meißners über die Organisation der Industrie- und landwirtschaftlichen Erzeugung und über das Finanzreferat. Die kulturelle Sektion bestimmte neue Richtlinien für das kulturelle Programm der Partei und beschloß u. a. eine Resolution, die gegen die Aufhebung der philosophischen Fakultät der Masaryk-Universität in Brünn protestiert. Die militärische Sektion beriet den Vorschlag des Senators Kofas auf Reform des Wehrsystems. Nach diesem Vorschlag würde die militärische Präsenzzeit sieben bis neun Monate dauern. Die Organisationskommission behandelte 150 Änderungsanträge und wählte eine Resolutionskommission, die dem Kongreß die Annahme einer neuen Organisationsordnung vorschlagen wird. Es fand auch ein Kongreß der Lehrer der Partei statt, auf den Abg. Dr. Uhlir über den Verfall des Schulwesens im sechsten Jahre der Republik und über das kulturelle Programm der Partei referierte.

Der deutsche parlamentarische Schulausschuß beim Schulminister. Der deutsche parlamentarische Schulausschuß sprach am Freitag den 5. Dezember beim Schulminister Marovic vor, um gegen die neue Drofflung auf dem Gebiete des deutschen Volksschulwesens entschiedene Einsprüche zu erheben. Die Deputation verwies auf die Tatsache, daß die Landesschulratspräsidenten auf Grund der

Anträge der Landesverwaltungsämter systematisch deutsche Schulen und Klassen auflösen, und daß in Mähren sogar mittels eines Erlasses die Vorsitzenden der Bezirksschulausschüsse ganz ungeachtet zu solchen Auflosungen ermächtigt werden. Es wird, da es sich nun neuerlich um hunderte von auflösenden deutschen Volksschulklassen handelt, nach den vorangehenden Verfügungen des deutschen Volksschulwesens unter rücksichtsloser Ausnützung des augenblicklichen, doch vorübergehenden Tiefstandes der Schulkinderzahlen ein Zustand geschaffen, den das deutsche Volk unter gar keinen Umständen mehr zu tragen willens ist. An den neuerlichen Auflosungen trifft in hervorragendem Maße die Regierung selbst die Schuld, die durch die Zurückziehung der Zuschüsse zu den Lehrergehalten in der Höhe von 81 Millionen Kronen die finanzielle Notlage der Länder hervorgerufen hat. Die Deputation verwies auf die ungeheure Erregung des gesamten deutschen Volkes und warnte den Minister, auf diesem Wege durch seine Funktionäre fortzuschreiten. Der Minister erwiderte, daß es sich um eine allgemeine, nach dem tschechischen Schulwesen infolge der finanziellen Notlage der Länder betreffende Einschränkungshandlung handle, die durch die außerordentlich herabgesunkene Kinderzahl gerechtfertigt werden müsse. Demgegenüber verwahren sich die deutschen Parlamentarier nachdrücklich dagegen, daß die Unterrichtsverwaltung wohl den schwach besuchten tschechischen Minderheitsschulen gegenüber stets liberal vorgehe, die deutschen Schulen und Klassen aber bei gleichen, ja sogar höheren Kinderzahlen, ohne Rücksicht reduziere. Der Geschäftsleiter des Schulausschusses Dr. Vedmannagetta brachte hier gewisse Richtlinien vor, welche dem Minister in Form eines Memorandums überreicht werden. Der Minister stellte für die nächste Zeit eine Besprechung der ganzen Angelegenheit mit den Landesverwaltungspräsidenten in Aussicht und erbat sich Dingen besonders hinsichtlich der Auflösung von einklassigen Schulen.

die Verbindung Hitlers mit der Schweiz zur Prüfung vor. Der vielgenannte Oberst Birchner aus Margau, der nach der Veröffentlichung der Affäre gedroht hatte, gegen die Urheber Klage zu erheben, hat darauf verzichtet, nachdem er in die Akten Einsicht genommen hatte. Der Schweizer evangelische Kirchenbund bestätigt, daß große Summen für Deutschland gesammelt wurden, bestreitet aber, daß diese Gelder, soweit ihm bekannt, zu politischen Zwecken verwendet wurden.

### Kommunistenkrawalle im tschechischen Landtag

Berlin, 10. Dezember. (Eigener Bericht.) Der tschechische Landtag ist heute nach vierwöchiger Unterbrechung wieder zusammetreten. Die erste Sitzung nahm einen teilweise recht stürmischen Verlauf, wobei die Kommunisten einige Demonstrationen antrugen, deren Durchführung als gegen die Reichsgesetze verstoßend abgelehnt wurde. Auch ein von den Kommunisten gestellter Antrag, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung den von ihnen eingebrachten Antrag auf Erlass einer Amnestie zu setzen, verfiel der Ablehnung, wobei es zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten an anderen Parteien kam.

### Die Lohnverhandlungen der älteren telephonangestellten.

Eine Einigung wahrscheinlich.

Wien, 10. Dezember. Heute Vormittag fand in der Angelegenheit der Gehaltsforderungen eine Sitzung des Zentralausschusses der Telegraphen- und Telephonangestellten statt, in welcher das Angebot der Generaldirektion besprochen wurde. In der Diskussion kam die Meinung zum Ausdruck, daß dieses Angebot ungenügend sei. Morgen Vormittag findet eine verstärkte Zentralausschusssitzung statt, der auch die Delegierten aus den Bundesländern beizuhören werden. In dieser Sitzung sollen die Telegraphen- und Telephonangestellten ihren entscheidenden Beschluß fassen. Es dürfte jedoch zu einer Vereinbarung kommen. In der Vertrauensmännerversammlung, die heute abends stattgefunden hat, war die Stimmung dafür, die neuerlichen Vorschläge der Regierung bezüglich einer Erhöhung der Wirtschaftsprämien anzunehmen.

### Vor einer Offensivethese gegen den Reichsoberweser.

Gründung einer neuen Legitimistenpartei.

Budapest, 10. Dezember. (Eigener Bericht.) In politischen Kreisen erregt eine Neuierung des Grafen Bethlen, die er in der Nationalversammlung gemacht hat, das größte Aufsehen, da sie auf einen scharfen Konflikt zwischen Horthy und Bethlen hinweist. Als nämlich in der Nationalversammlung der Reichspräsident Tibor Csikharth von dem Putzsch Ullas sprach und erklärte, daß die Regierung Ullain in eine Falle locken wollte, rief Bethlen: „Und doch hat Ullain alles zugegeben in der Deutscheschrift, die er an den Reichsoberweser gerichtet hat.“ Auch später hat Bethlen gesagt, Ullain sei nicht freigesprochen worden, weil er vorerst vorgegangen wäre, sondern deshalb, weil Bethlen Beweismittel, die in seinem Besitz waren, dem Gericht nicht vorgelegt habe, da durch sie eine erste Persönlichkeit in hoher Stellung in das gerichtliche Beweisverfahren hineingezogen worden wäre.

In politischen Kreisen nimmt man an, daß Bethlen den Zeitpunkt für gekommen erachte, seinen Plan der Verdrängung Horthys allmählich durchzuführen, womit die Absicht verbunden ist, einen monarchistischen Vorstoß zu unternehmen. Darauf deutet auch hin, daß Graf Andrássy der Führer der Legitimisten, in nächster Zeit eine neue Partei gründen will, die sich offen zur Restaurierung der Habsburger bekennet und welche Jita und ihren Sohn nach Ungarn zurückbringen will. Die Legitimisten hoffen da vor allem auf die englischen Konservativen und darauf, daß die ablehnende Haltung der Nachbarnstaaten, vor allem der Tschechoslowakei, nicht so scharf ist wie früher und daß es ziemlich schwierig sein werde, gegen die Ueberföhrung der Familie Jitas etwas zu unternehmen, besonders wenn diese damit begründet wird, daß es unmöglich sei, die Jita sonst vor Not zu schützen.

Damit im Zusammenhang steht auch die Begründung des Urteils gegen Esztt, da die Regierung durch eine Kompromittierung der Bauernpartei ihre Pläne leichter durchzuführen hofft.

### Debitenturle.

#### Prager Kurse am 10. Dezember.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1377.00	1383.00
1 Billion Mark	8.00	8.13
100 belg. Franken	163.25	163.75
100 schweiz. Frank.	158.50	159.00
1 Pfund Sterling	150.42	150.80
100 Lire	147.00	148.00
1 Dollar	33.00	33.20
100 franz. Franken	193.25	194.75
100 Dinars	51.12	51.62
10.000 magyar. Kronen	4.51	4.74
100 poln. Zloty	631.75	637.75
10.000 österr. Kronen	4.80	4.87

### Die tschechische Krone notiert in:

Währung	Kurs
100 Sch.	100.00

## Ausland.

### Die sozialdemokratischen Mandats-Träger.

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die am Montagabend als gewählt gelten können, sind:

- Ostpreußen:** Lübbring, Schulz, Jäder.
- Berlin:** Crispian, Heimann, Frau Bohm-Schuch, Aufhäuser, Richard Fischer, Dr. Wofes.
- Potsdam II (Zelnow-Beeslow):** Jubeil, Bernstein, Künstler, Frau Rymel.
- Potsdam I (Niederbaranin):** Wiffell, Breitscheid, Frau Juchacz, Staab.
- Frankfurt a. d. O.:** Wels, Oswald Schumann, Siebel, Kofke.
- Pommern:** Gustav Schumann, Passchl, Horn, Georg Schmidt.
- Breslau:** Loebe, Feldmann, Wendemuth, Zeppel, Frau Anforge.
- Magdeburg-Anhalt:** Bauer, Silberschmidt, Dittmann, Bender, Bader, Frau Arning.
- Sachsen:** Richard Krüger, Franz Peters.
- Thüringen:** Wilhelm Voß, Kurt Rosenfeld, Frölich, Frau Wurm, Dietrich.
- Schleswig-Holstein:** Frau Schröder, Eggertsd, Richter.
- Mecklenburg-Vorpommern:** Hentke, Hülich, Dellberg.
- Niedersachsen:** Vöhring, Rottow.
- Süd-Niedersachsen:** Brey, Junke, Frau Bartels, Marsten, Schiller, Schaffner.
- Westfalen-Nord:** Sebering, Schreck, Janisch.
- Westfalen-Süd:** König, Robert Schmidt, Hufmann, Frau Schulz, Konrad Ludwig.
- Hessen-Nassau:** Scheidemann, Dismann, Hoch, Schnabrich, Hüttmann, Becker.
- Rheinland:** Soltmann, Frau Schiffgens.
- Rheinland-Pfalz:** Rischmann.
- Düsseldorf:** Limberg, Frau Agnes.
- Düsseldorf-West:** Otto Braun, Thabor.
- Oberbayern-Schwaben:** Senger, Simon-Augsburg, Unterleitner.
- Niederbayern:** Frau Hülf.
- Franken:** Hermann Müller, Vogel, Simon-Nürnberg, Seidel, Adolf Braun.
- Pfalz:** Hoffmann-Kaiserslautern, Jacobshagen.
- Dresden-Sachsen:** Hermann Fleischer, Frau Sander, Richard Schmidt, Krähig, Schirmer, Frau Dr. Stegmann.
- Leipzig:** Seeger, Lipinski, Saupe, Frau Schilling.
- Sachsen-West:** Ströbel, Seydewitz, Kuhnt, Dr. Lebi, Süßen.
- Württemberg:** Keil, Hildenbrand, Hofmann, Schläpfer.
- Baden:** Max Ged, Schöpflin, Meier-Freiburg i. B.
- Hessen-Darmstadt:** Ulrich, Dr. David, Dr. Quessel.
- Hamburg:** Grafmann, Frau Reiche, Louftötter.
- Mecklenburg-Vorpommern:** Kröger-Kostod, Dr. Leber-Lübeck.

Auf die Reichsliste entfallen acht Mandate. Es sind gewählt: Dr. Hilferding, Dr. Berg, Dr. Landsberg, Steintopf, Stampfer, Heinrich Schulz, Franz Scheffel, Dr. Lohmann.

Imperialistische Abmachungen zwischen England und Frankreich? Die Agenzia Volia in Rom will wissen, daß Herriot an Chamaierin bei seiner Durchreise durch Paris folgende Forderungen gestellt habe: 1. Frankreich Garantie zu geben, sei es durch einen englisch-französisch-belgischen Pakt oder durch Annahme des Venster Schiedsgerichtsprotokoll. 2. Daß die Engländer bis über den 10. Jänner hinaus die Kölner Zone besetzt halten, wenigstens so lange, bis Frankreich die Ruhr räume. 3. Frankreich wünsche, daß die

vom Völkerbunde vorgesehene Militärkontrolle über Deutschland von einem französischen Präsidium geleitet werde. 4. Frankreich wünscht, daß in der Türkei wiederum diplomatische Vertretungen eingerichtet werden, u. zw. Botschaften in Konstantinopel. 5. Frankreich wünscht, daß es freie Hand in Marokko erhält, wenn die Spanier ihre Zone räumen. Auf diese Forderungen habe Chamberlain wie folgt geantwortet: Zu Punkt 1, daß England herzliche Versprechungen mache und das Studium der Angelegenheit hinausschieben müsse, bis die Dominions ihre Ansicht kundgegeben hätten. Zu Punkt 2 erkläre England, daß es freundschaftliche Versprechungen mache für eine einträchtliche Lösung der Frage. Zu Punkt 3, England verpflichte sich, die französischen Wünsche zu unterstützen. Zu Punkt 4, England glaube, daß in Konstantinopel wieder Botschafter eingesetzt werden sollen. In Angora sollen sich die Botschafter nur gelegentlich aufhalten. Zu Punkt 5 erkläre Chamberlain, daß England darüber eine eigene Auffassung habe.

**Sieg der Mailänder Sozialisten.** Für die Wahlen in die Mailänder Arbeiterkammer waren drei Listen aufgestellt worden, eine kommunistische, eine maximalistische und eine Verbandsliste. Die letztere wurde von den unitarischen Sozialisten unterstützt und erreichte eine Mehrheit von 17.238 Stimmen gegen 10.338, die für die maximalistische, und 2191, die für die kommunistische Liste abgegeben wurden. 6000 Delegierte hatten sich der Abstimmung enthalten.

## Telegramme.

### Frankreich — Militärkontrollor über Deutschland.

Paris, 10. Dezember. „Petit Parisien“ meldet aus Rom: Der Völkerbund hat Frankreich mit der Ausübung der Militärkontrolle in Deutschland, Italien mit jener in Österreich, England mit jener in Ungarn und Rußland mit jener in Bulgarien betraut. Das Blatt fügt hinzu, daß diese Entscheidung dem Standpunkte Frankreichs entspricht. Herriot und Chamberlain seien bezüglich dieser Maßnahmen vollkommen einig.

### Herriot erkrankt.

Paris, 10. Dezember. (Havas.) Das Ministerpräsidentium weiß mit: Trotzdem Ministerpräsident Herriot schon seit einigen Tagen leidend ist, wollte er sich keine Ruhe gönnen und hat seine amtlichen Obliegenheiten bis jetzt erfüllt. Heute war er jedoch gezwungen, zu Hause zu bleiben. Nach der ärztlichen Morgenvisite wurde folgendes Bulletin ausgegeben: Grippe mit einem schmerzhaften Oedem der unteren Extremitäten. Schwaches Fieber.

### Hitler obdachlos.

Berlin, 10. Dezember. (Eigener Bericht.) Hitler hat durch Mittelspersonen um die Genehmigung einer Aufenthaltserlaubnis in der Schweiz angefragt, da ihn Bayern ausweisen wolle. Ebenso hat er in Ungarn und Italien entsprechende Schritte unternommen.

### Die Schweizer Geldquellen der Wölischen.

Genf, 10. Dezember. (Eigener Bericht.) Im Bundesrat liegen zur Zeit neue Dokumente über

## Tages-Neuigkeiten.

### Ein gutes Vorzeichen.

Die internationale Verbundenheit der Arbeiterklasse bewirkt es, daß ein proletarischer Sieg an irgendeiner Stelle der Kampffront gegen das Bürgertum auch dem Vorkampf der anderen Verbände zugutekommt. Fast ebenso wichtig aber wie die tatsächliche Verbesserung der Kampfbedingungen sozialistischer Organisationen durch den Fortschritt einer Bruderpartei ist die damit verbundene seelische Kräftigung aller Truppen der Internationalen. Und namentlich in diesem letzterwähnten Sinne bedeutet der herrliche Wahrsieg unserer reichsdeutschen Genossen auch einen unmittelbaren Gewinn für unsere eigene Partei. Wo ist der sozialdemokratische Vertrauensmann denn das Herz nicht höher schlug angesichts des gewaltigen Erfolges der Sozialdemokratie Deutschlands? Wo ist der Klassenbewußte Arbeiter, dessen Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen nicht gestärkt würden durch die Tatsache, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Urmutter der sozialistischen Bewegung auch in den Sudetenländern, die Zeit furchtbarer Bedrängnis, die schwerste Krise der Nation und ihrer Arbeiterklasse, nicht nur heil überstand, sondern wieder wie ehemals sich recht als Klasse, unbezwingbar, gegen die finsternen Mächte des Kapitalismus? Ungeheure seelische Bereicherung für die Verstärkung der eigenen Reihen und für den Widerstand gegen die eigenen Feinde gehen wir alle aus dem wahrhaft imponierenden Wiederaufbau der reichsdeutschen Sozialdemokratie, die mit wichtigen, unaufhaltsamen Schritten zwischen durch die Gegner von rechts und links schreitet, ihrem Ziele zu.

Wir haben Grund, die wiederum steigende Gesundheitskraft der Arbeiterbewegung im Noche als gutes Vorzeichen auch für jene Kämpfe zu nehmen, die uns bevorstehen. Auch wir haben schwere Zeiten hinter uns, die so wie die Not unserer Bruderpartei andub mit der Wählbarkeit der Kommunisten. Auch bei uns waren sie heiß befehligt, von dem mächtigen Bau der sudetendeutschen Sozialdemokratie Stein um Stein abzubauen. Ihr Zerfallswert ist in Klängen; was sie im Nebel rauchten, tritt nun ihren Händen, Marxs Licht wird sie am Ende ihrer Arbeit sehen. Und so wie dieser Gegner werden wir uns auch der anderen zu erwehren wissen, die den March des Proletariats gegen die Bourgeoisie aufhalten wollen. Aber alle Kräfte zusammennehmen heißt es, wenn uns das auf dem beifälligen feindlichen Boden gelingen soll, auf den uns die Geschichte gestellt hat. Nehmen wir darum so wie den Sieg der deutschen Sozialdemokratie zum guten Vorzeichen, auch ihren leidenschaftlichen Kampf um diesen Sieg uns zum Beispiel. Eifern wir ihnen, die in schicksalsharigen Tagen so wie wir die heftigste Meute von allen Seiten abzuwehren hatten, mit unserer ganzen Kraft nach. Ringen wir so wie sie um Hirn und Herz jedes einzelnen Arbeiters, führen wir diesen Kampf um die Auflösung des deutschen Proletariats unabhässig, allerorten, lässig und stündlich — und so wie ihrer wird der Sieg auch unser sein.

Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden! Die Eisigfabrik des ehemaligen deutschen Nationalen Abg. Teufel in Qnam wurde, wie „Becker“ meldet, von einigen tschechischen Gurtenerporturen angelauft, die daraus eine tschechische Aktiengesellschaft bilden wollen.

Die Familienzulagen der Staatsbeamten. Aus Lehrkreisen wird uns geschrieben: Wenn nicht alle Anzeichen trügen, geht man nun doch daran, die Beamtengehälter neu zu regeln. Diese Gelegenheit sei abermals benützt, um noch in letzter Minute auf die erbärmlichen Verhältnisse jener Beamten hinzuwirken, welche unter den himmelstreichenden Folgen des berüchtigten Dezembergesetzes so hart zu leiden haben. Bekanntlich wurden durch dieses Gesetz (vom 20. Dezember 1922 Nr. 304) die Zulagen für Neuerwählte und Neugeborene erschränkt. Folgende zahlenmäßige Gegenüberstellung möge sprechen: Ein Beamter der 10. Rangklasse mittlerer Gehaltsstufe, der noch vor dem Inkrafttreten dieses Jahresgesetzes geheiratet und ein Kind bekommen hat, bezog derzeit rund 14.700 K jährlich. Daß mit diesem Einkommen drei Personen alles eher als in Ueberfluß schwelgen, gibt sogar die Regierung zu. Indem sie aufsehend darangeht, diese Bezüge, wenn auch durch lächerlich niedrige Beihilfen, zu erhöhen. Doch wie es ein Beamter der gleichen Gehaltsstufe als Neuerwählter mit einem Kind, der bereits die „Zugungen“ des Dezembergesetzes genießt, anfangen soll, mit den bloßen Junggesellenbezügen von 10.600 K nur die dringenden materiellen Bedürfnisse zu decken, darüber erbitten wir uns den Rat der Beamtenpötte. Der später vermählte Beamte hat also bei gleichem Rang und Dienstalter (6 bis 10 Jahre), bei gleicher Arbeitsleistung und Anzahl der Familienmitglieder seinem Koffen gegenüber einen Entgang von 4000 K jährlich zu verzeichnen. Soll er sich vielleicht damit trösten, daß angeblich sein Einkommen im nächsten Jahr um 280 K jährlich (1) erhöht wird? Den neuesten Zeitungsberichten zufolge, denkt die Regierung noch nicht daran, diese Ungleichheit zu beseitigen. Die Erbitterung über das Verneinungsgesetz der jüngeren Staatsbeamten, die sich einstweilen nur in Worten äußert, zum Ausdruck zu bringen, sei einer berufenen Feder überlassen. Solange in uns der Glaube an irische Gerechtigkeit und das soziale Empfinden verantwortlicher Kreise nicht vollständig bernichtet ist, hoffen wir, daß die höchst unsozialen Auswirkungen dieses Gesetzes chepens beseitigt werden.

Rasseneinbruch in Teplitz. In der Nacht zum 10. Dezember wurde in die Kanzleiräume der Expeditionfirma Viktor Hertel in Teplitz-Schönan, Schwabertstr. 29, eingebrochen und die dort befindliche eiserne Kasse System „Viele u. Comb.“, erbrochen. In der Kasse befanden sich: ein Barbetrag von 9801,87 Kronen, neun Stück Münzen, „Heilbronner Stadgeld“, und zwar: drei vergoldete, drei versilberte und drei bronzene; ein Viertel-Dollar in Gold; ein halber Dollar in Silber; eine Silbermünze mit dem Bilde „August der Starke“; ein Schweizer Franken in Silber; ein Wiener Schilling; ein Goldmark und einige Silbermünzen. — Die Täter sind von der Straße aus, nach Öffnen des Rollladens und der Kanzleifür, in die Kanzleiräume eingedrungen. — Die Kasse wurde an drei Stellen angebohrt, mit sogenannten Nößlern aufgerissen und die drei Schlösser freigelegt. — Der Tresor wurde gewaltsam aufgeschoben. — Die Täter dürften vermutlich mit Handschuh gearbeitet haben, weil an der Kasse keinerlei Fingerabdruckspuren ersichtlich waren.

Einigkeit über die Bierpreise (U.S.). Dieser Tage wurden die Verhandlungen über die Bierpreise zu Ende geführt. Zwischen dem Ministerium für Volksernährung, den Vertretern der Brauereien und der Gastwirte wurde ein von den übrigen Ressortministern genehmigtes Übereinkommen vereinbart, laut welchem die Erhöhung des Preises des gewöhnlichen, sechsgradigen Bieres um höchstens 18 Heller pro Liter bewilligt wird. Bei „Lagerbier“ wurde der Preis nicht festgesetzt, so daß für diese Bierorte der Verkaufspreis frei gelassen wurde. Dabei wurde jedoch betont, daß der Preis nicht in Widerspruch mit den Bestimmungen des Wuchergesetzes stehen dürfe. Eine ähnliche Verordnung über die Erhöhung des Preises von zehn- und mehrgradigen Bieren hat auch für Pilsener Bier Gültigkeit. Die Spannung, die den Gevölkern des Gastwirtes bildet, verbleibt bei gewöhnlichem Bier ohne Veränderung. Dagegen wird die Spannung beim „Lagerbier“ nicht festgesetzt und bleibt frei. Betroffen während noch längeren Beratungen eine Erhöhung des dortigen Bierpreises um 18 Kronen bewilligt. Dieser Erlass des Verpflegungsministeriums wird durch Vermittlung der politischen Landesverwaltung den einzelnen politischen Vertretungen übermittelt, die jedoch das Recht haben, nach eigener Ansicht eine eventuelle übermäßige Preissteigerung zu reduzieren, worüber die einzelnen politischen Verwaltungen mit den interessierten Brauereien beraten sollen.

Der Trager Gemeindevoranschlag für 1925. — 2 1/2 Millionen Defizit. Gestern vormittags begann im Zentralverwaltungsamt der Stadt Prag die Generaldebatte über den Gemeindevoranschlag 1925. Der Referent des Gemeindevoranschlags, Nationaldemokrat S. L. La referiert über die Richtlinien des Voranschlags und über die Art seiner Ueberprüfung, die von einer Kommission gewählter Referenten, dann von einer Kommission amtlicher Referenten, dann von der Budgetkommission und endlich von der Finanzkommission durchgeführt worden war. Der Voranschlag weist einen ordentlichen Bedarf von 409 Millionen Kronen, einen außerordentlichen Bedarf von 29 Millionen Kronen, also den Gesamtbedarf von 438 Millionen Kronen auf. Die ordentliche eigene Deckung ergibt 345 Millionen Kronen, die außerordentliche eigene Deckung 30 Millionen Kronen, also ergibt die eigene Gesamtdruckung die Summe von 375 Millionen Kronen. Zur Deckung des ungedeckten Abganges von 63 Millionen Kronen sind in Voranschlag gebracht: ein 25prozentiger Zuschlag zur Grundsteuer, 25prozentiger Zuschlag zur Haussteuer und zur fünfprozentigen Haussteuer im Affamentstrassen von Prag I—VIII, ein 3prozentiger Zuschlag zur Haussteuer in den anderen Stadtteilen, ein 14prozentiger Zuschlag zur allgemeinen Erwerbsteuer, ein 14prozentiger Zuschlag zur Erwerbsteuer öffentlich verreckender Unternehmen, ein 14prozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer, und durch nachträgliche Steuererhöbungen der Vorjahre im Ganzen ein Ertrag von 61.230.000 Kronen. Ungedeckt blieben also noch 2 1/2 Millionen Kronen. In der Debatte erklärten die Sprecher der Nationaldemokraten, Nationalsozialisten, der Juden, der Liberalen und sozialistischen Sozialdemokraten, sie würden für die Redner der Kommunisten, Deutschdemokraten und der Gewerkschaften, sie würden gegen den Budget stimmen. — Das Budget ist ein getreues Abbild des Staatsvoranschlags. Da wie dort werden die breiten Massen am härtesten besteuert.

Zuschlag im Smichower ukrainischen Studentenheim. Die Polizeikorrespondenz meldet: Im ukrainischen Studenteninternat im Smichower Bändennstitut gerieten Mittwoch um halb 9 Uhr vormittags zwei ukrainische Studenten, und zwar der Student der Medizin Alexander Wajzn und sein Kollege Peter Weselewsky wegen eines unbedeutenden Selbstbetrages in einen Streit. In dem Konflikt griff der 27jährige Student der Geometrie Paul Wackewitz ein. Nach einem kurzen Wortwechsel zog Wajzn sein Taschenmesser und stach Wackewitz in die linke Seite des Halses. Der Stich war so heftig geführt, daß die Schlagader durchschnitten wurde und Wackewitz infolge Verblutung bald darauf verschied. Der Täter begab sich auf das Polizeikommissariat, wo er ein Geständnis ablegte. Seine Tat begründete er damit, daß er bei dem Streite mit seinem Kollegen von Wackewitz beleidigt worden war und sich rächen wollte. Wajzn wurde verhaftet.

Tschschelkowskische Klassenlotterie. (20 Tag.) Bei der heute vorgenommenen Ziehung der fünften Klasse der ersten tschschelkowskischen Klassenlotterie wurden die Grundzahlen 01 und 26 gezogen. 20.000 Kronen gewann 92.626; 10.000 K gewann 118.201;

je 5000 K gewonnen: 526 30.026 79.301 71.726 202.226 09.726 216.201 219.401; je 4000 K gewonnen: 926 7526 76.501 76.901 84.701 85.626 104.101 101.601 116.401 130.301 171.701 184.901 211.901 218.801; je 2000 K gewonnen: 4001 6626 21.101 44.226 61.301 63.726 93.126 95.301 115.726 118.026 184.826 196.426.

Ein jüdischer Verleumder verurteilt. In der Frisch Leppig der bekannte Herausgeber der antisemitischen Zeitschrift „Der Hammer“, hatte sich vor der Strafbefugung 9 des Hamburger Kantonsgerichts wegen Verleumdung der Hamburger Bankiers Max Warburg und Dr. Karl Reichow zu verantworten. Beide, der erstere der Deutschen Volkspartei, der zweite der Demokratischen Partei angehörend, waren mehrfach von der deutschen Reichsregierung mit hochverantwörtlichen Aufträgen betraut, gehörten u. a. auch dem der deutschen Friedensdelegation angegliederten Sachverständigenapparat an. Ihnen war vorgeworfen, den Interessen der jüdischen Großfinanz, die, der Frisch'schen Phantasie nach die Welt Herrschaft anstrebt, die vaterländischen Belange grollert zu haben. Die gegenwärtigen deutschen Räte werden in erster Linie Max Warburg zur Last gelegt. Die Verurteilung ist enthalten in den Nummern 502 und 503 des „Hammer“ sowie in einem Handzettel. In einem der Artikel überschrieben „Der heimliche Kaiser, liest man u. a.:

„Max Warburg gilt als der entscheidende Faktor in der weiteren Durchführung des Versailles Vertrages, und er wird gewiß bemüht sein, die Dinge so zu gestalten, daß die internationale jüdische Großfinanz seinen Schaden dabei hat. Sind diese Dinge nun nicht länger zu leugnen, so ist es Zeit für die Völker, aus diesen Zuständen die richtigen Folgerungen zu ziehen. Wir meinen, man soll die Verantwortung für die Ereignisse der letzten zehn Jahre endlich denjenigen aufladen, die sie allein tragen können und zu tragen verpflichtet sind. Es ist richtig, noch länger die ehemals herrschenden und maßgebenden Personen anzuschuldigen, den Krieg herbeigeführt und die heutige Not der Völker veranlaßt zu haben, während sie in Wahrheit ganz ohne Macht und Einfluß auf den Gang der Dinge waren. Der Tiefstauende weiß längst, wie eine außerordentliche Übergewalt seit Jahrzehnten die Geschichte der Völker lenkt — aus einem unbedachtigen Hinterhalt heraus, und wie die Fürsten und sonstigen Machthaber — meist ohne, daß sie es ahnten — nur noch Marionetten an den Drähten dieser Geheimmächte waren. Unverkennbar ist Max Warburg heute der heimliche Kaiser Deutschlands. Ist nicht Cuno Kanzler von Warburgs Gnaden? — und sein Nachfolger wird es auch sein. Erwarten wir von ihnen nicht eine Politik, die das wahre Volksinteresse schütze und sich gegen die Belange der Goldenen Internationale wenden könnte usw.“

Die Verteidigung des Privatangeklagten, der sich zum Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen erboten hat, verlagte vollständig. Er vermag sich lediglich auf antisemitische Schriften und Presseäußerungen zu berufen. Die Verhandlung, zu der sich zum Schluß viele Juristen und Politiker eingefunden haben, erstreckte sich über zwei volle Tage und erbrachte auch nicht den Schatten eines Beweises. Nach langen Ausführungen der Rechtsbeistände, unter denen auch der bekannte Antisemit Jacobson, Hamburg, als Verteidiger fungiert, und als solcher einen phantastischen Vortrag über Antisemitismus hielt, kam das Gericht zu einer Verurteilung. Theodor Frisch wurde unter Ausschluß mildernder Umstände wegen Verleumdung auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt. Weil der Beklagte auch hinsichtlich vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wegen Verleumdung des ermerdeten Kaiserlichen Reichsmarschalls zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, sind durch spätere Gerichtsentscheidungen die beiden Verurteilungen wiederum zu einer Gesamtsstrafe zusammenzusetzen.

Ein versträteter Friedensschluß. Der „Times“ zufolge hat Panama nunmehr seine Teilnahme am Weltkrieg durch die Ratifizierung des Vertrages von St. Germain mit Österreich beendet. Die betreffenden Dokumente waren im Auswärtigen Amt eingetroffen, aber unter dieser Beschriftung gelegt worden. Gelegentlich des kürzlichen Ministerwechsels wurden die vergessenen Dokumente entdeckt und sofort der Nationalversammlung zur Ratifizierung vorgelegt. Da vorher niemand wußte, daß man sich technisch noch im Kriegszustand befindet, waren inzwischen schon längst die Handelsbeziehungen beiden Ländern eingeknüpft und Konsuln ernannt worden.

Ist Alkohol Spannkraft erhöhend oder narzotisch? Am Ende eines in Lima, Peru, erschienenen guten wissenschaftlichen Artikels über „Alkohol: tonisch oder narzotisch?“ finden wir die folgenden zutreffenden Fragen: „Wenn alkoholische Getränke wärmen warum sind sie an Polarregionen verboten? Wenn sie den Körper beleben und stärken, warum erlaubt man sie den Soldaten nicht auf ermüdenden Marschen? Wenn ihr Gemüß das Leben verlängert, warum sind die Lebensversicherungsagenten so vorsichtig bei Leuten, die nur eine Flasche Wein trinken? Wenn sie die Gesundheit schnell wieder herstellen, warum sind sie aus der Arzntisur der erkrankten Staaten ausgeschlossen worden? Wenn sie dem gesunden Körper Stärke und Spannkraft geben, warum vermeiden Athleten sie?“

Seit drei Jahren kein Peterspennig aus Spanien. Giornale d'Italia teilt die neueste letztere Meldung mit, daß der Kaiser bereits drei Jahre seine Beiträge aus Spanien erhalten hat. Das Blatt meldet, daß durch die Untersuchung festgestellt wurde, daß der Peterspennig tatsächlich regelrecht aus Spanien an die

schickel wurde — am Wege also jedesmal bekommen ist. Wer diese „Tasche“ wohl ge... haben me...

Das Testament Giacomo Puccinis. Nächster Tage wird in Mailand das Testament Giacomo Puccinis eröffnet werden. Man will wissen, der Meister habe seiner Familie ungefähr 20 Millionen Lire hinterlassen, andererseits würden die Autorrechte den Erben jährlich 800.000 Lire abwerfen. In Viareggio wird ein Theater zu Ehren Puccinis erbaut werden.

Einseitiger Demonstrationstreit der niederösterreichischen Lehrer. Auf Grund einer in der vergangenen Woche angenommenen Entscheidung veranfaßten die niederösterreichischen Lehrer an allen Schulen einen einseitigen Demonstrationstreit, um dadurch einen Druck auf die Landesverwaltung in Angelegenheit ihrer Gehaltsforderungen auszuüben. Die Vertreter der Lehrerschaft werden von neuem bei der Regierung intervenieren.

Ein Opfer des Alkohols. In Nidwigg, unweit Bollstern in Steiermark spielte sich gestern ein trübseliges Familiendrama ab. Der 34jährige Besitzer Michael Jabro wurde in seinem Bette blutüberströmt und bereits tot aufgefunden. Als Täterin wurde bald seine 34jährige Frau Marie eruiert. Der Verweggrund zur Tat war, wie sie angibt, die Trunksucht ihres Mannes, der sie, wenn er betrunken war, schmerzlich mißhandelte. Auch am Tage des Mordes war es so. Da erschlug die Frau den Betrunknen mit der Gabel.

Direkte Abfertigung des Reisepässes. Wie die „Reichspost“ erzählt, handelt es sich bei der in den letzten Tagen in Wien abgehaltenen Eisenbahnkonferenz darum, die direkte Abfertigung von Personen- und Reisepässen praktisch weiter auszubauen. Wenn bei der Konferenz beschlossene Verträge zwischen der Schweiz einerseits und der Tschechoslowakei, Polen, Polen, Ungarn und Rumänien andererseits, sowie zwischen Österreich einerseits und Polen und Rumänien über die Tschechoslowakei andererseits, schließlich zwischen Italien und Polen der vorkriegsüblichen Tätigkeit der Tarifbeamten in verhältnismäßig kurzer Zeit in Wirklichkeit treten wird, so wird damit die Kette der direkten Abfertigungsmöglichkeiten im Personen- und Gepäckverkehr für große Verkehrsgebiete nahezu geschlossen sein.

Wetterüberblick vom 10. Dezember. Am Dienstag trat im Gebiete der Republik auch eine Erniedrigung der Nachmittagsstemperaturen ein. Mittwoch herrschte in allen Lagen bereits Frost. Die Temperatur geht derzeit allmählich auf den Normalwert zurück. Nimmere ist bereits das ganze Binnenland von dem Hochdruckgebiete beherrscht, das sich über Mittelrußland verankert hat. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Nebel, mögl. Frost, Ostwind.

### Gerichtssaal.

#### Die Zeugneneinvernahme im Haarman-Prozess.

Wie der Mörder überführt wurde. Kriminalkommissär Käy, der die Ermittlungen im Fall Haarman leitete, gibt als Zeuge an, daß er seinerzeit den Auftrag erhalten habe, Nachforschungen nach dem vermißten Schüler Hermann Koch anzustellen, der mit Haarman zusammen gesehen worden war. Mehrere Hausdurchsuchungen bei Haarman blieben erfolglos. Haarman selbst gab die Bekanntschaft mit Koch zu, bestritt aber energisch, von seinem Verschwinden etwas zu wissen, ebenso im Falle des Friedrich Reip: Ein Verhör gegen ihn wurde eingestellt. Auch unter den bei Bahnhofsrevizoren Zitierten befand sich Haarman niemals, doch wurde festgestellt, daß sich in seiner Wohnung immer junge Leute aufhielten. Dann verlor der Zeuge Haarman aus den Augen, bis er ihn im Sommer vorigen Jahres wieder traf, der nun Zeugin hieß. Als dann im Frühjahr dieses Jahres hintereinander vier Schüsse aus der Leine gefeuert worden waren, lenkte sich der Verdacht auf Haarman. Wegen eines Zitates, mit Tromm in Bahnhofs wurde er plötzlich eingeleitet, und nun behielt man ihn in Haft. Die Ermittlungen in der Altstadt waren überaus schwierig. Nach und nach wurde Haarman's Vernehmung immer schwächer. Er wurde verurteilt, wollte aufpassen, tat es aber nicht, auch dann nicht, als er sehr bewegt war bei der Gegenüberstellung seiner Schwester, die einen Schreikampf bekam. Schließlich schied der Zeuge, wie die Wahrheit ans Licht kam, wie die Eltern des getöteten Kindes auf der Flur des Polizeipräsidiums den Sohn der Frau Engel sahen, der Koch und Wette des Jungen trug. Nun gab Haarman sehr Zeugnisse auf und gestand am 1. Juli sieben Morde ein. Auf Verlangen des Oberstaatsanwaltes schilderte der Zeuge dann Haarman als einen der geistigsten Menschen mit gutem Gedächtnis, der genau wisse, was er wolle. Er galt als ein geliebter Burche, dem ohne Beweise nicht beizukommen war. Nach Ablegung des Geständnisses sei seine größte Angst gewesen, daß man ihn in die Irrenanstalt Hildesheim bringe. Zum Schluß beklagte der Zeuge, daß im ganzen aus allen Teilen des Reiches 1020 Vermittlungsstellen eingelassen seien, als die ersten Meldungen über die Laten Haarman's bekannt wurden.

Zeuge Niemayer gibt an, daß er wegen verbotener Geräusche im Laden Haarman's einmal einen jungen Mann vor Haarman gewarnt habe. Der Zeuge Grenzkommissär a. D. Ollermann verurteilt, Haarman habe auf ihn einen guten und vertrauenswürdigem Eindruck gemacht, und schildert seine Tätigkeit als Privatdetektiv.

Die Frau Engel gibt an, daß sie in den letzten Jahren öfter die Leihwaise Haarman's

gesehen habe, wofür ihr dieser... gebracht habe. Blutsünden habe sie in der Wäsche nie gefunden. Die Bettwäsche habe ihr Haarman nie... zum Waschen gegeben.

Zeugnis Frau Engel gibt an, sie habe... Mann bei Haarman... Als sie am nächsten Morgen in Haarman's Wohnung gekommen sei, habe sie den jungen Mann im Bette liegend, mit dem Gesicht zur Wand gekehrt, aufgefunden. Auf ihre Frage habe Haarman erklärt, der Junge schlafe.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Frau Engel im Zimmer gewesen sei, als der tote Junge im Bette lag, meinte Haarman ausweichend, Frau Engel nur weiter schliefen. Bis der andere, Wittowski, drankomme. Haarman habe Frau Engel schließlich an seiner Wohnung gesehen. Frau Engel habe von der Straße geantwortet: „Du Mörder!“ Der Vorsitzende fragte hierauf Frau Engel, warum er Mörder gelagt habe. Frau Engel erwiderte: „Ich weiß nicht, ich war betrunken.“

#### Die Wohnung des Mörders.

Bei der Frau Engel hat Haarman zuletzt gewohnt. Er hatte ein kleines Zimmer in der vierten Etage, das ganz abgelegen war. Frau Engel wohnte in der zweiten Etage und in einem anderen Flügel. Es handelt sich bei ihrer Vernehmung vor allem darum, festzustellen, wohin die Leichen gekommen sind, denn bisher hat man nur die Knochen gefunden. Frau Engel erklärt, nicht gewußt zu haben, daß Haarman junge Leute umbrachte. Haarman habe sie dadurch kennen gelernt, daß er ihr Fleisch zum Kauf anbot. Dieses Fleisch sei billiger gewesen, als das Werbefleisch beim Schlächter. Daß er so billig verkaufen konnte, erklärte Haarman damit, daß er einen bekannten Schlächter in der Markthalle habe, der ihn sehr billig beliebere. Haarman ist bei ihr als Kaufmann angemeldet gewesen. Er hat auch erzählt, daß er im Dienste der Kriminalpolizei arbeite. Sie hat von Haarman alles gekauft, Fleisch und Kleider. Diese besonders für ihren Sohn. Haarman hat immer gesagt: Weil ich bei Ihnen wohne, können Sie billig haben, was Sie haben wollen. Die Kleider waren sehr billig. Sie hat sie gesehen, daß Haarman von seinen Ausgängen mit alten Kleidern oder ähnlichen Paketen zurückgekehrt ist. Dagegen konnte sie feststellen, daß er mit Paketen und mit Kleidern das Haus verließ.

Der Vorsitzende wünscht nun zu wissen, ob Haarman auch einmal in ihrer Wohnung gesocht hat. Haarman hatte nämlich keine Kocheinrichtung in seinem Zimmer. Er hat tatsächlich oft auf ihrem Herd Süße gekocht. Zu einer verdorbenen Schüssel brachte er Fleischstücke in Würfel von zwei bis drei Zentimetern. Das Fleisch sah aus wie Schweinebraten. Die Schüssel war immer zugedeckt und erst, wenn das Wasser kochte, hat er die Fleischstücke hineingeschüttelt. Das Fett hat er dann ausgeschöpft und ausgebrüht und selbsten behandelt. Frau Engel hat öfters von den Süßigkeiten ein Stück erhalten. Sie hätten sehr gut geschmeckt. Ferner hat Haarman auch Wurst gemacht. Dazu habe er anderes Fleisch verwendet. Junge Leute waren sehr oft bei Haarman. Einmal hat Frau Engel einen etwa 20jährigen jungen Mann auf dem Zimmer gesehen, der auf Haarman wartete.

### Runst und Wissen.

#### Ernst Toller.

Über Ernst Toller schreibt die doppelte Sprache des Dichters und des Märtyrers der Revolution. Er hat vielleicht deshalb, weil er die Revolution handlung miterlebte, sie tiefste gestaltet. Neben seinen Revolutionsdramen, neben seiner Lyrik, die unwidrig aus dem großen Erlebnis wächst, verlagte alle Nachdichtung unserer Zeit. Ernst Toller, das ist die Wandlung in höherem Sinne, als er selbst es in dem Einzelschicksal seiner „Wandlung“ gestaltet hat. Ernst Toller, das bedeutet die Wandlung der Kunst von der verwirklichten Zeit der letzten Vorkriegsjahre zum schaffenden Wirken des Propheten einer neuen Zeit. Ernst Toller, das bedeutet den Grundrhythmus unserer Not und Schmach; angeschlagen und den Dornenweg gehen, der trotz aller Leiden in Schönheit erlangt, weil in seinem fernen Ende die Zeichen der Verheißung leuchten.

Das Erlebnis wird unmittelbar, wenn das Wort nicht auf dem Umweg des toten Buchstabens, nicht aus dem am Markte der Zeit durch Verwitterung mit allem Schmutz der alten Welt entweichenden Pflanze zu uns kommt, sondern aus dem Munde des Dichters. Ernst Toller ist nicht nur Dichter, er ist Prophet und Propheten müssen gehört werden. Als der junge Dichter an den Vortragstisch trat, sah man den Herzschlag der Zeit. Die toten Jahre verflanken und lebendig erstand das Geschlecht von 1918 und 1919 in den Herzen. Die Worte des Dichters werden zur frohen Botschaft kämpfender Menschen. Erklärung war um den Dichter, der die Abgründe des Leidens in der Seele des deutschen Völkchens gesucht hat und der im Schwalbenbuch die Brücke aus von Freunden und Schmerz gequälter Menschen zu den Geheimnissen jenseitiger Kreatur. Es ist, als müßten seinem Rufe die Steine und Tiere folgen, als müßte er Führer sein im letzten Kampf unterdrückter Planeten gegen die ebernen Gesetze eines Schicksals, das alles Tote und Lebende verflucht. Es ist vielleicht das tiefste Geheimnis der Kunst Tollers, daß er Sozialist der Ueberzeugung ist. Zum erstenmal spricht ein Dichter zu uns dem Klassenbewußtsein und Sehnsucht nach dem Sozialismus ein. In Toller schlägt sich der Ring, an dem die großen Sänger der Völkereinheit und die Verkünder des Sozialismus geschmiedet haben.

Die weiche, wohlklingende Stimme beherrschte auch den nicht akustischen Raum. Worte verklangen dem Ohr und gingen zum Herzen. Der Dichter las schicksalsschwere Szenen aus „Masse Mensch“ und „Hinkemann“, Lyrik aus „Vormorgen“ und das „Schwalbenbuch“. In seinem Munde klang die Rhythmus der Verse, die neben denen Max Barthels das Schönste sind, was deutsche Lyrik heute zu geben hat, voll auf. Alle fühlten, daß der junge, im Auftreten schüchterne Dichter die große Hoffnung unserer Tage ist. Toller ward zum Erlebnis und die Worte Barthels schienen ihm gesungen:

„Du, in dem die Ströme münden,  
du, in dem die Flammen zünden,  
du, der uns die Wege weist,  
Dichter, bist der heilige Geist.“

E. F.

### „La vita nuova“ („Das neue Leben.“)

Oratorium nach Worten Dantes für Chor, Orchester, Sopran- und Bariton solo, Klavier, Klavier und Orgel von Ermanno Wolf-Ferrari. „La vita nuova“ ist Wolf-Ferraris erstes größeres Werk auf dem Gebiete der Chorkomposition. Die textliche Grundlage dieser Lieddichtung bildet die Geschichte der Jugendliebe des großen italienischen Dichters Dante zu Beatrice. Dante erklärt den Titel des Werkes selbst, wenn er gleich in den Eingangsworten bekundet, daß mit dieser Liebe für ihn ein „neues Leben“ beginnt. Liebe und Leid durch Beatrice (die „Befehlende“), von der ersten Liebeswonne bis zum erschütternden Schmerz durch den Tod der Jugendgeliebten, sind der Inhalt dieses von ergreifendster Innigkeit, herzlichstem Ausdruck und leidenschaftlichem Empfinden erfüllten Liebesbuches. Wolf-Ferrari hat die Dantesche Dichtung wirkungsvoll zu einer dreiteiligen Kantate geformt, der ein das Thema „Liebe“ erläuternder Prolog vorausgeht. Der erste Teil schildert eitel Liebesglück und Seligkeit, den zweiten „Intermezzo“ benannt, erfüllen schmerzliche Ahnungen, während im Schlußteile der Tod Beatrices ergreifende Schilderung findet. Wolf-Ferraris Muße zu diesem hohen Werke der Liebe zeichnet sich ebenso durch natürliche Frische und Anmut und lebensvolle Echtheit aus wie durch gediegene sagendmässige Arbeit. Stilistisch stellt sie eine verkleinerte Ausgabe der Richtung Berlioz-Weaver dar, wie sie sich etwa durch die Werke „Fausts Verdamnis“ des ersteren und die achte Symphonie des letzteren zu erkennen gibt. Chor, Orchester und Solostimmen sind in gleich wirksamer Weise verwendet; neuartig wirkt die Benützung des Klaviers als symphonischen Instrumentalmittels. Das Ueberviegen des lyrisch-verklärten Grundtones verleiht der Musik des melodisch schönen und harmonisch eingänglichen Werkes jene weichevolle Stimmung, die mehr erbauend und beglückend als aufregend und hinreißend wirkt.

Die Aufführung durch den „Deutschen Singverein“, dem sich der Sängerverein „Lauwih“ und ein tüchtiger Knabenchor zur Mitwirkung beigelegt hatten, war eine Kunstleistung allerersten Ranges, die in erster Linie das Verdienst des genialen Dirigenten Dr. Gerhard von Reußler ist, der seit dieser Saison erfreulicher Weise wieder an der Spitze des Singvereines steht. Die edle, maßvolle und abgeklärte Art seiner Wiedergabe des Werkes wirkte ergreifend und überzeugend. Die wundervolle dynamische Abtönung des Chores und seine festere Intonationsreinheit waren musterhaft. Auch die tonliche und rhythmische Sicherheit des Knabenchores war bewundernswürdig. Das Orchester des deutschen Theaters spielte außerordentlich routiniert, hätte aber hier und da mehr Nachsicht zeigen können. Einige Prachtleistungen am Klavier bot Hr. Frigi Pollak. Das große Bariton solo sang Herr Komregg; tonschön und musikalisch sicher, aber etwas zu gleichförmig im Ausdruck und in der Tonstärke. In dem kleineren Sopran solo bewährte sich die blühende Stimme Frau Fichta-Gähs aufs Beste. Leider war der Besuch der Konzertmatinee nicht so zahlreich wie es dieses besondere musikalische Ereignis verdient hätte.

Edwin Janetschek.

aufgebaute Chor „Maryska Magdonova“, der die traurige Geschichte eines unglücklichen armen Mädchens aus dem Volke zum Inhalte hat, hinterließ erschütternde Eindrücke. Außer den Prager Lehrern verdient sich um die Ausführung des Programms noch verdient: Der tschechische Philharmonist (C) E. Chor unter der temperamentvollen Leitung Jaroslav Krickas, das Orchester der tschechischen Philharmonie unter seinem ausgezeichneten Dirigenten Wenzel Talich, die Sopranistinnen Frau Vesela und Hr. Rozik sowie der Tenor Herr Tauber. Das den Smetanasaal bis auf das letzte Plätzchen füllende Publikum bereitete dem Lieddichter Janadel stürmische, nicht endenwollende Ovationen.

tsch. —

**Solistenkonzerte.** (Max Klein — J. Wolfsohn.) Max Klein, der einstige lyrische Bariton des Prager Deutschen Theaters, gab auch heuer einen eigenen Liederabend. Er sang diesmal im „Mozarteum“ die „Müllerlieder“ Franz Schuberts, die er schon in einem früheren Konzerte zum Vortrage gebracht hatte. Auch diesmal wußte der sympathische Sänger die Zuhörer durch die erlesene Kunst seines Vortrages zu begeistern. Denn Herr Klein gibt dem Liede alles, was es braucht; reistlose Ausdeutung seines Inhaltes, höchste Ausdruckskraft und vollkommene gesangstechnische Ausführung. Ewig schade, daß die Stimme des Künstlers so viel an Schmelz verloren hat und in der Höhe nicht mehr das hergibt, was Lied und Sänger oft brauchen. An Alexander Zemlinsky hatte Herr Klein einen idealen Begleiter am Flügel. — An der gleichen Stätte hatte einige Tage vorher der ausgezeichnete Wiener Klavierpädagoge Prof. Julius Wolfsohn einen eigenen Klavierabend veranstaltet. Auch diesen Künstler kennt man von früheren Konzerten. Er bewies auch diesmal, daß er technisch und künstlerisch zu den besten Vertretern seines Instrumentes gehört.

c. j.

**Freitag zweites Gastspiel Selma Kurz.** Kammer-sängerin Selma Kurz von der Wiener Staatsoper gastiert morgen Freitag in „Troubadour“.

**„Jirkusleute“ mit Rudolf Tyröhl a. G.** Der gelehrte Altmeister der Schauspielkunst wird heute den Clown Landovsky in Schönthons Komödie „Jirkusleute“ spielen. Für Samstag ist eine Wiederholung von „Jirkusleute“ angesetzt und Sonntag nachmittags spielt Tyröhl in der Kleinen Bühne neu-

erlich in „Großstadtluft“. Kartenvorverkauf täglich.

**Spielplan des Neuen deutschen Theaters.** Heute Donnerstag Gastspiel Tyröhl „Jirkusleute“; Freitag Gastspiel Kurz „Der Troubadour“; Samstag nachmittags Uraniovorstellung „Don Carlos“ abends „Jirkusleute“; Sonntag vormittags Kammermusik, nachmittags „Entführung“ abends „Die Kinokönigin“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute Donnerstag „Die kleine Sänderin“; Freitag „Hidalla“; Samstag „Cio-Cio“; Sonntag nachmittags Gastspiel Tyröhl „Großstadtluft“, abends „Illusionist“.

### Mitteilung aus dem Publikum.

Der kleinste und jüngste Filmschauspieler ist im letzten Teil des Films „Im Eibetal der Böhme“ Schweiz und eine Besichtigung der Centrotorke in Teßchen“ vom 12. bis 19. Dezember im Bio „Lucernad“ zu sehen. 31146

### Turnen und Sport. Aus dem Arbeiter-, Turn- und Sportverband.

**6. Kreis mit dem Sitz in Falkenau.**  
**Kreisvorturnerstunde.** Sonntag, den 14. d. M. findet in Falkenau die Kreisvorturnerstunde statt und haben alle Vereine des Kreises ihre Männer- und Frauenturnwart zu delegieren. Durchgenommen wird das Übungsmaterial für das Kreisturnfest, welches 1925 in Eger (Pflingsten) abgehalten wird. Das gedruckte Übungsmaterial wird an alle Vereinsturnwart ausgefolgt. Mitzubringen sind alle Regeln- und Tagebücher, die zu Beginn der Kreisvorturnerstunde dem Kreisturnwart zu übergeben sind. Der Beginn ist um 7 Uhr früh festgesetzt und haben alle Teilnehmer rechtzeitig einzutreffen. Falls Nachzügler gewünscht wird, ist es der Kreisleitung sofort mitzuteilen. Die Männer- und Schülerturnwart treffen sich in der städtischen Turnhalle und die Frauen- und Mädchenturnwart im Schulturnsaal. Turnordnung: Männer-

und Schülerturnwart (städtische Turnhalle): 1. March- und Laufübungen zum Vereinsturnen, 2. Freiübungen für die 1. Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M., 3. Wettübungen der Ober- und Mittelstufe und Jöglinge, 4. Stabübungen der Knaben, 5. Barrengemeinturnen der Knaben, 6. Freiübungen der Männer. Frauen- und Mädchenturnwart (Schulturnsaal): 1. March-, Schritt- und Laufübungen für das Vereinsturnen, 2. Freiübungen der Mädchen, 3. Schwebelantennenturnen der Mädchen, 4. Freiübungen der Turnerinnen, 5. Freiübungen für die Arbeiter-Olympiade in Frankfurt, 6. Wettübungen der Turnerinnen, 7. Tänze. — Von halb 12 bis halb 1 Uhr Zusammen-treffen mit Musik in der städtischen Turnhalle, wo gleich die Musik geprobt wird. In der Leitung teilen sich die Kreis- und Bezirksturnwart mit dem Kreisturnlehrer. In der anschließenden Sitzung findet die Wahl der technischen Kreisfunktionäre statt.

**Kreis-Wintersportfestung.** Sonntag, den 14. d. M. findet vormittags ab 9 Uhr in Glasls Gasthaus zu Falkenau eine Sitzung aller Winterportleiter statt. Außer den Bezirksleitern haben alle Abteilungen unserer Turnvereine den Winterportleiter zu delegieren. Als provisorische Tagesordnung teilen wir folgendes mit: Berichte der Vereinsturnwart, Bericht von der Bundes-Wintersportfestung, Skizzen vom 25. bis 28. d. M. in Johannegeorgenstadt durch den Bundes-Wintersportwart (Leipzig). Kreiswintersportfest am 18. Jänner 1925 in Eisenberg bei Großsch. Olympiade vom 31. Jänner bis 2. Feber in Schreiberhau. Es liegt also eine umfangreiche und wichtige Tagesordnung vor und eruchen wir, daß alle Delegierten pünktlich erscheinen.

**Fußballabteilungen:** Die Kreissfußballkonferenz findet im Jänner statt. Näheres wird noch bekannt gegeben werden. In dieser Sitzung findet die Wahl der technischen Ausschüsse für Fußball statt. Ferner wird der Kreissfußballspielleiter gewählt, welcher Mitglied des Kreisturnrates ist.

Die Leitung des 6. Kreises.

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch.  
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Krieger.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei.  
Für den Druck verantwortlich C. 50114



So fett wie das Schwein, So schlank wie die Palme.  
So teuer ist Schweinefett, So billig ist Ceres Speisefett.

**Janadel-Konzert.** Die musikalischen Feierlichkeiten zu Ehren des heuer siebenjährigen tschechischen Lieddichters Leo Janadel gelangten am Montag durch ein großes Festkonzert im Smetanasaal zum Abschluß. Die „Hudebni Matice Umlébe Vesedy“ als Hauptveranstalterin der Janadelschen Konzerte und die tschechische Philharmonie hatten es sich angelegen sein lassen, den festlichen Charakter der Veranstaltung durch ein Musterprogramm zum Ausdruck zu bringen, das über das tonkünstlerische Schaffen des Jubilar auf dem Gebiete der Symphonie- und Chormusik erschöpfenden Aufschluß gab. Die Anwesenheit des Präsidenten Masaryk drückte dem Konzert auch äußerlich den Stempel einer besonderen Festlichkeit auf. Die Hauptwerke des Konzertes waren die Kantate „Ewigkeits-Evangelium“ für Chor, Orchester, Orgel, Tenor- und Sopran solo und die Programmsymphonie „Taras Bulba“; erstere nach einer Legende aus dem frühen Mittelalter, letztere die realistische Charakteristik eines verwegenen Kosakenführers. Das zweite symphonische Werk des Abends war die in lyrisch-vollstimmliche Farben getauchte Ballade „Vorjögler Kind“, deren inhaltliches Programm die gleichnamige Ballade des tschechischen Dichters Svatopluk Cech bildet. In der Mitte der Vortragsordnung standen drei große Männerchorwerke: „Der umherirrende Wahnstunne“ (nach Worten Rabindranath Tagores), „Maryska Magdonova“ und „70.000“ (die beiden letzteren nach Gedichten von Peter Bezrud). Die von der Gesangsvereinigung der Prager tschechischen Lehrer unter Prof. Dolezils Leitung gefungenen Männerchöre erzielten durch ihre aufwühlende musikalische Zeichnung ungeheure Wirkung; namentlich der auf einem mährischen Volksliedthema

**Aus der Partei.**  
**Karl Rautsky an unseren Parteivorstand.**  
Vom Genossen Rautsky ist dem Parteivorstand heute ein Schreiben zugekommen, in welchem er für die Wünsche, die ihm unsererseits aus Anlaß seines 70sten Geburtstages zuteil wurden, herzlich dankt und unsere Betrugung der regsten Anteilnahme versichert. Genosse Rautsky spricht die Hoffnung aus, daß es ihm noch vergönnt sein wird, seine Geburtsstadt zu besuchen und bei diesem Anlaß persönliche Führung mit unserer Partei herzustellen.  
Aus Anlaß des Ablebens des Genossen Cermak, der sich auch der größten Wertschätzung des Genossen Rautsky erfreut hat, sendet er uns die Versicherung herzlichster Anteilnahme.

**Genossen!**  
Traget bei jeder Gelegenheit Euer Parteiabzeichen!

**DRUCK- u. VERLAGSANSTALT**  
Gesellschaft m. beschr. Haft.  
empfehl sich den p. L. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitglied-Listern, Einladungen, Paketen, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Rotationsmaschinenbetrieb.

**IN TEPLITZ-SCHÖNAU**  
Tischlergasse Nr. 6.

**Kalla's Fischkonserven**  
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.  
Verlangen Sie daher nur  
**Kalla's Fischkonserven**  
In allen Konsumvereinen erhältlich.

**Insertieren Sie im Sozialdemokrat!**

**Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten**

**Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt**  
**Gärtner & Co., Bodenbach a. C.**  
G. m. b. H.  
Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, Kunst- und Buchmaschinen mit einer Lagerhaltung von 100.000 Stück. Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 100.000 Heftungen. Fernsprecher Nr. 171. Poststraße Nr. 157. 1001